

NETZ-Info

2020/1



„Global denken –
lokal handeln“

Ökumenisches Netz Bayern
für Gerechtigkeit, Frieden
und Bewahrung der Schöpfung

INHALT	Seite	Gemeinnützigkeitsrechts	21
Infobrief	3	Achtet auf die Sprache	23
Am Frieden bauen	3	Legalität israelischer Siedlungen	24
Am Morgen einer besseren Welt	5	Der Lobbyismus hierzulande	25
Frieden		Schöpfung	
Offener Brief an Bischöfe	11	Brief des ÖNB-Vorstands	26
3 Fragen an Friedensbeauftragten	12	Spaghetti	27
Gemeinsamer Aufruf	13	Green Deal	28
Ächtung der Atomwaffen	14	Ökumene	
Nationale Sicherheitspolitik der USA	16	Meldungen aus der Ökumene	29
Gerechtigkeit		Nachruf Hansjörg Meyer	31
Die Agenda 2030 der UN	19	Letzte Seite	32
Zur Reform des			

TRÄGERVEREIN ÖKUMENISCHES NETZ BAYERN e.V.

Vorsitzende: Michael Kappus und Sybille Ott

Buchungsstelle: Christiane Hohenstein-Zechbauer (Schatzmeisterin),

Homepage: www.oekumenisches-netz-bayern.de oder kurz: www.oenb.de

Bankverbindung: LIGA Bank eG Regensburg, IBAN: DE21 7509 0300 0001 3109 92 oder Evangelische Bank Kassel, IBAN: DE14 5206 0410 0003 5025 20

Ständiger Ausschuss (STAU) (Veröffentlichung der Namensliste genehmigt)

Bleher, Martin	Düsseldorfer Str. 13, 80804 München E-Mail: Martin.Bleher@t-online.de
Caesperlein, Dr. Adolf,	Bäumlstr. 51, 82178 Puchheim, E-Mail: adolf.caesperlein@chmela.de
Garten, Regina	Ödenberger Str. 154, 90491 Nürnberg, 0911/593361, Email queensgarden@t-online.de
Gollwitzer, Elisabeth	Zum Stiegelfeld 1, Nürnberg, E-Mail: elisabeth-gollwitzer@web.de
Kappus, Michael	Tölzerstr. 7, 81379 München, 089/7232742 kappusm@aol.com
Noggler, Dr. Othmar	Kapuzinerstr. 34, 80469 München, 0151/28593558, E-Mail: onoggler@gmx.de
Olberz, Marlies	Franz-Stenzer-Str, 4, 81245 München, E-Mail: mmolberz@web.de
Ott, Sybille	kda, Schwanthalerstr. 91, 80336 München, 089/53073734, E-Mail: ott.sybille@kda-bayern.de
Schmid, Hans-Jörg	Unter dem Lehenhof 28, 91413 Neustadt, 09161/307451, E-Mail: b-hj.schmid@web.de
Schneeweiß, Gudrun	Untere Dorfstraße 36 c, 82269 Geltendorf, 08193/999911 E-Mail: gudrun@schneeweiss-net.de
Stahl, Sepp	Sonnenstraße 18, 93356 Teugn, 09405/2677 E-Mail: josef.stahl@web.de
v. Sayn-Wittgenstein, Christian-Ludwig,	Rothschwaiger Str. 39, 82256 Fürstenfeldbruck 0175 6633373, E-Mail: christian-sayn.2010@googlmail.com
Willberg, Hans Harald	Mühlbachweg 13, 90559 Burgthann, 09183/950039, haha.willberg@t-online.de

IMPRESSUM:

Das NETZ-Info ist ein Informationsdienst für Mitglieder, Aktive, Freunde und Interessierte des Ökumenischen Netzes Bayern (ÖNB). Es erscheint mehrmals im Jahr.

Redaktion: Hans-Jörg Schmid, Sepp Stahl, Hans Harald Willberg

Herausgeber: Ökumenisches Netz Bayern, c/o H. H. Willberg, Mühlbachweg 13, 90559

Burgthann; Druck: Scharf – Druck und mehr, Burgthann; Versand: H. H. Willberg, Email:

haha.willberg@t-online.de

Adressänderungen bitte an **Christiane Hohenstein-Zechbauer**, czechbauer@web.de,

Tel: 08821-2998

Infobrief

Zum neuen Jahr begrüßt das Infoteam unsere Leserinnen und Leser mit einem herzlichen „gutes Neues Jahr!“. Was es uns bringen wird, wissen wir natürlich nicht. Aber worauf wir hoffen, das können wir immerhin andeuten: Dass die fürchterlichen Kriege in der Welt, die so viel Leid und Unheil mit sich bringen, aufhören und keine neuen entstehen! Dass die Menschen ganz gezielt und nachhaltig anfangen, die gefährdete Umwelt mit ihrem Klima zu erhalten und sorgsam damit umzugehen! Dass „Gerechtigkeit und Frieden sich küssen“, wie es so schön in der Bibel heißt; dass die Menschen nicht mehr aus Not und Verzweiflung aus ihren Ländern flüchten müssen, und wenn, dass sie faire und liebevolle Aufnahme in der Fremde finden! Und natürlich auch dies: Dass Sie, liebe Leserinnen und Leser, vor Sorgen und Krankheiten bewahrt werden!

In diesem Heft finden Sie mehrere Texte, die aus der Arbeit unseres Ökumenischen Netzes entstanden sind: Aus dem Studientag zu dem brisanten Thema Lobbyismus, aus den Diskussionen über die Frage, ob die Kirchen nicht zu „Kirchen des gerechten Friedens“ werden können usw.

Zwei Beiträge setzen wir bewusst an den Anfang: Othmar Noggler's hilfreiches Nachdenken über die „Handwerker des Friedens“ und Sepp Stahls lesenswerten Aufsatz „Am Morgen einer besseren Welt“, der deutlich macht, dass es eine andere Sichtweise auf diese unsere Erde gibt, abseits von Verzweiflung und Niedergedrücktheit, eine ansteckende und vielleicht sogar heilende Hoffnung!

Wir freuen uns, wenn Sie Interessantes in diesem Heft finden und wenn Sie uns Anregungen und Rückmeldungen geben, und wir grüßen Sie herzlich!

Bitte beachten Sie auch den eingelekten Flyer zum Studientag!

Hans-Jörg Schmid, Sepp Stahl, Hans Harald Willberg im Januar 2020.

Am Frieden bauen /Handwerker des Friedens

Genauso wenig wie Kriege einfach ausbrechen, genauso wenig fällt der Friede unerwartet vom Himmel. Lange vor dem ersten Schuss wird mit dem Gedanken an Krieg als „ultima ratio“, - also als letztes Mittel in einer Krisensituation - gespielt und damit die Unausweichlichkeit eines Waffenganges herbeigeredet. Ähnliches gilt für Attentate. Auch sie haben eine lange Inkubationszeit. Es dauert, bis die Atmosphäre wenigstens in Teilen einer Großfamilie, einer Gruppe oder einer Gesellschaft soweit aufgeheizt ist, dass die

Zündungstemperatur erreicht ist. Das gilt erst recht für Selbstmordattentate, die als erstes Ziel die Verbreitung von Angst und Schrecken als Mittel einer perversen Öffentlichkeitsarbeit haben. Deshalb sollen möglichst viele, für den gegenwärtigen Zustand der Welt völlig unverantwortliche Menschen mit in den Tod gerissen werden. Ein zweites, nur scheinbar rein individuelles Ziel: der Eingang ins Paradies. Schließlich spielt das außerordentliche Maß an Anerkennung durch Familie und Gesellschaft bereits in der Vorbereitungs-

phase eine Rolle. Im entsprechenden Milieu wird der Tod eines Familienmitglieds als „Märtyrer“ zu einer Art Adelsprädikat. Menschen meiner Generation erinnert das erschreckend an Todesanzeigen aus den Tagen des Zweiten Weltkrieges, die oft genug lauteten: „In stolzer Trauer...für Führer, Volk und Vaterland...“

Auch der Friede beginnt – wie der Krieg – im Denken, allerdings verbunden mit der Tugend der Empathie, des Sich-Hineindenken-Könnens und –Wollens zuerst in einen anderen Menschen mit seiner unantastbaren Würde; auch mit seinem Schicksal, seinem erlittenen Unrecht und seiner Bitterkeit darüber, mit seinem Leid und seinen Ängsten. Friede beginnt damit auch im Herzen. Im Denken des weithin geschätzten Heiligen des beginnenden 13. Jahrhunderts, Franz von Assisi, schließt jedoch Empathie auch die Mitgeschöpfe mit ein. Damit ist zugleich zu erwarten, dass ein langer Atem, starke eigene Überzeugung, Kraft und mitunter ungewöhnlicher Mut gefordert sind, allein um Frieden und Empathie zur allgemeinen Kategorie des Denkens zuzulassen und erst recht diese umzusetzen.

Vor 800 Jahren -1219- hat Bruder Franz den erforderlichen Mut erwiesen. Er setzte sich über die Anweisungen der militärisch Verantwortlichen des Kreuzfahrerheeres durch und durchschritt vor Damiette in Ägypten die feindlichen Linien zwischen Kreuzfahrern und muslimischen Truppen, um mit Sultan al Malik al Kámil über den Glauben zu sprechen. Mit ihm, dem Kriegsgegner, der in der Feindpropaganda als Ungläubiger, Ausgeburt des Antichristen angesehen und beschimpft wurde, mit diesem Menschen wollte Franziskus reden. Von dieser wahrlich „kopernikanische Wende“ in der Einschätzung eines gläubigen Muslim durch Bruder Franz, berichten der Zeitgenosse und Bischof von Akkon in Palästina, Jakob von Vitry, sowie arabische Quellen. Franziskus ist von der mehrtätigen Begegnung mit dem frommen Sultan tief beeindruckt. Das zeigt sich zunächst in seinem Beten: Fortan ist es noch mehr vom Lobpreis der Größe und Barmherzigkeit Gottes bestimmt. Vor allem aber ändert sich seine Einstellung zur Mission unter Muslimen: Sie bedeutet einfach unter ihnen als bekennende Christen leben, keinen Streit anfangen und warten, bis es „dem Herrn gefällt“, dass ihnen das Evan-

gelium verkündet werden soll. So ist es in seiner ersten vom Papst genehmigten Regel bestimmt (Rnb.16,8). Und angeregt vom Gebetsruf des Muezzins, fordert Bruder Franz in seinem Brief an die Lenker der Völker „dass an jedem Abend durch einen Herold oder sonst ein Zeichen, dazu aufgerufen werde, vom gesamten Volk Gott, dem allmächtigen Herrn, Lobpreis und Dank zu erweisen“. Aus dieser Anregung erwuchs unser immer noch zu hörendes „Gebetläuten“.

Menschen, die so beten, ob Christen oder Muslime, müssten doch mit Kopf und Herz am eigenen inneren Frieden und gemeinsam am Frieden in der Welt bauen können! Zum ersten Weltgebetstreffen von 1986 in Assisi, zu dem Papst Johannes Paul II. eingeladen hatte, waren bereits mehr als 100 Vertreter verschiedener Religionen aus der ganzen Welt gefolgt, um ihren Beitrag für den Frieden in den vieltimmigen Chor glaubender Menschen einzubringen.

Seitdem hat sich, so Papst Franziskus, zum Abschluss des Weltgebetstreffens vom September 2016 „ein langer Pilgerzug in Gang gesetzt, der zahlreiche Glaubende in den Dialog und in das Gebet für den Frieden einbezogen hat. *Der Dialog hat vereint ohne zu vermischen, indem er feste interreligiöse Freundschaften gestiftet und Unterstützung zur Beilegung nicht weniger Konflikte gewährt hat.*“ Im gemeinsamen Friedensappell, der Kindern aus verschiedenen Nationen überreicht wurde, heißt es: „Nichts ist unmöglich, wenn wir uns im Gebet an Gott wenden...

Alle Menschen könnten Handwerker des Friedens sein. Dies zu sein, mit Gottes Hilfe und gemeinsam mit allen Männern und Frauen guten Willens, erneuern wir von Assisi aus voller Überzeugung dieses Vorhaben“.

Handwerker sind gestaltende Menschen, die den Prozess von der Planung bis zu Vollendung durchziehen, auch wenn es Mühe und Schweiß kostet. Handwerker des Friedens zu sein ist ein treffender Aufruf an alle Glaubenden und Menschen guten Willens kraftvoll am Frieden mitzubauen zum Wohle der gesamten Schöpfung.

Othmar Noggler, Kapuziner

"Am Morgen einer besseren Welt. Der Mensch im Durchbruch zu einem neuen Bewusstsein", zu einem neuen Welt- und Menschenbild

("...." = Titel eines Buches von Enomija-Lassalle, 1986, Jesuit und Zenmeister)

Was haben wir uns in den letzten 30, 40 Jahren informiert, was haben wir alles analysiert, was haben wir uns engagiert. Was haben wir appelliert, an uns selber, an andere, an Kirchen und Gemeinden, an Politik und Gesellschaft. Denken wir nur an die großen Friedensmärsche und De-mos Anfang der 80-er Jahre, an Wackers-dorf, an den Konziliaren Prozess seit 1985, an Gorleben, an die große Zahl von Menschen, die in vielen NGOs aktiv sind. Und? Die Krisen sind immer nur größer geworden und wachsen weiter.

Albert Einstein hat 1929 gesagt: "Die Probleme, die es in der Welt gibt, sind nicht mit der gleichen Denkweise zu lösen, die sie erzeugt hat."

Demnach brauchen wir eine neue Denk-weise, ein neues Bewusstsein, ein neu-es Welt- und Menschenbild.

Nun, das was notwendig ist, das was dran ist, entwickelt sich auch. Wer offen ist, wer auf der Suche ist, hat mitbekommen, dass wir tatsächlich am Anfang einer weiteren, entscheidenden Entwicklungsepoche der Evolution stehen. In Literatur und Wissenschaft mehren sich die Erkenntnisse und Aussagen dazu. Der Jesuit und Zenmeister Hugo M. Enomiya-Lassalle hat 1986 ein Buch veröffentlicht, mit dem Titel: "Am Morgen einer besseren Welt – Der Mensch im Durchbruch zu einem neuen Bewusstsein". (siehe Titel oben)

Der jetzigen Phase, dem mentalen Bewusstsein, wie er sie bezeichnet, folgt nun etwas wesentlich Neues – das integrale Bewusstsein. Lassalle meint, die Mensch-heit steht an einer Wende, die nicht von ihr abhängt, wohl aber, ob sie bald zu Stande kommt. Er ist weiter der Ansicht, dass einem größeren Epochensprung der Evolution immer eine besondere Krisenzeit vor-ausgeht und ihn kennzeichnet.

Der Benediktinermönch und Zenmeister Willigis Jäger nennt das 21. Jahrhundert: Das Jahrhundert der Metaphysik, und das 3. Jahrtausend: Das Millennium des Geistes, des Bewusstseins. Der Physiker und Philosoph Ken Wilber aus den USA sieht dies ähnlich. Er teilt die Evolution nach dem Urknall in Physio-Sphäre, in Bio-Sphäre und in die mit der Aufklärung beginnende Geist-Sphäre ein. "Was die Welt heute mehr als alles andere braucht, ist eine Revolution des Bewusstseins. Es ist an der Zeit, uns von einem Glauben an das Äußerliche, Kurzfristige und Flüchtige zu einer Wertschätzung des Inneren, Dauerhaften und Essenziellen hinzubewegen." (Beide Sätze sind aus einem Aufsatz von Masami Saionji in "Impulse für eine Welt in Balance"; herausgegeben von der "Global Marshall Plan Initiative".)

Im selben Buch schreibt Dr. Ashok Gangadean: "Wir Menschen sind in einem tief-greifenden Entwicklungssprung begriffen, hinauf auf eine höhere Stufe globalen Bewusstseins, das durch die Jahrhunderte in Kulturen, Religionen und Weltbildern gewachsen ist. Dieses Erwachen eines globalen Bewusstseins bedeutet nichts Geringeres als den Umbruch, die Reifung, von eher egozentrischen Lebensformen hin zu einer höheren Form integrativen, dialogischen Lebens. "Die großen geistig-meditativen Traditionen haben schon lange erkannt, dass der Schlüssel zum Überleben, zu Nachhaltigkeit und Wohlergehen, im Bewusstseinswandel zur dialogischen Lebensweise liegt, die die wahre moralische, vernünftige und spirituelle Natur unserer Spezies zum Vorschein bringt."

Peter Russel, Physiker, lässt in seinem Buch: "Der direkte Weg" den Engländer John White zu Wort kommen: "Nur durch eine Veränderung des Bewusstseins kann die Welt ‚gerettet‘

werden. Jeder muss bei sich selbst beginnen. Politisches Handeln, Sozialarbeit, jeder – ismus, jede Ideologie sind alle unvollständig und nutzlos, wenn sie nicht von einem neuen und erweiterten Bewusstsein begleitet werden. Das höchste Ziel ist dann keine Handlung, sondern eine Veränderung des Bewusstseins. In anderen Worten: Die wahre Revolution ist ein Bewusstseinssprung. Wenn dies weltweit geschieht, werden die bisherigen Probleme, falschen Vorstellungen und Ungerechtigkeiten wie von selbst verschwinden. Erst dann wird die ‚Revolution‘ zur ‚Evolution‘.”

Ausgangspunkt dieser neuen Sichtweisen sind vor allem die heutigen Erkenntnisse der Naturwissenschaften. Die neuen, geradezu revolutionären Forschungsergebnisse kommen maßgeblich aus der Physik, indem die Kernphysiker immer tiefer im Mikrokosmos vordringen, immer kleinere Einheiten fanden und ihre Funktionen erkannten – bekannt als Quantenphysik. Das Vordringen in immer weitere Räume des Weltalls hat durch die Astrophysik ähnliche bahnbrechende Ergebnisse gebracht.

Nach Willigis Jäger kommen im Zuge ihrer Grundlagenforschung viele Wissenschaftler mehr und mehr an die Grenzen ihres Denkens, dort begegnet ihnen eine Wirklichkeit, die sie nicht mehr mit den Mitteln der Logik und des analytischen Denkens begreifen können. Fast alle großen Naturwissenschaftler des 20. Jahrhunderts haben sich intensiv mit ihren Grenzerfahrungen auseinandergesetzt, im Besonderen seit der Relativitätstheorie Albert Einsteins und der Quantenphysik.

Auf der Suche ihre geheimnisvollen Entdeckungen sprachlich auszudrücken, benutzten die Wissenschaftler häufig religiös, spirituelle Formen, oft angelehnt an die asiatischen Religionen, an die Mystik im Christentum und an den Sufismus im Islam.

Der Münchner Physiker H.P. Dürr hat als Herausgeber Aussagen aller großen Physiker des 20. Jahrhunderts dazu in dem Buch "Physik und Transzendenz" veröffentlicht. Die Tiefe und Deutlichkeit ihrer Worte überraschen und erstaunen ungemein. Einige Beispiele:

David Bohm, Physiker: "Die Ergebnisse der modernen Naturwissenschaften werden nur noch einen Sinn ergeben, wenn wir eine innere, einheitlich und transzendente Wirklichkeit annehmen, die allen äußeren Daten und Fakten zugrunde liegt."

Carlo Rubia, Atomphysiker: "Als Forscher bin ich tief beeindruckt durch die Ordnung und Schönheit, die ich im Kosmos finde, sowie im Zauber der materiellen Dinge. Und als Beobachter der Natur kann ich den Gedanken nicht zurückweisen, dass hier eine höhere Ordnung der Dinge im Voraus existiert. Die Vorstellung, dass dies alles das Ergebnis eines Zufalls oder bloß statistischer Vielfalt sei, das ist für mich vollkommen unannehmbar. Es ist hier eine Intelligenz auf höherer Ebene vorgegeben, jenseits der Existenz des Universums selbst."

Max Plank, Physiker: "Ich bin fromm geworden, weil ich zu Ende gedacht habe und dann nicht mehr weiterdenken konnte. Wir hören alle zu früh auf zu denken."

In einem Zitat von Carsten Bresch, einem deutschen Molekularbiologen, ist für mich diese Sichtweise so mancher Naturwissenschaftler exemplarisch ausgedrückt: "Es ist also in der Evolution eine eindeutige Tendenz zu immer höherer Komplexität festzustellen. Wenn man dies in allen Phasen beobachtet, dann fragt man natürlich nach den Ursachen dieser "Komplexifikation", wie Teilhard de Chardin es ausgedrückt hat. Man kommt ins Staunen und kann eigentlich nicht anders, als alles auf einen Ursprung zurückzuführen, das heißt, davon auszugehen, dass im Ursprung des ganzen Universums diese Entwicklung bereits begründet ist. Und dann ist nicht mehr weit, Ehrfurcht vor diesem Geschehen zu verspüren und religiös zu werden." Soweit Carsten Bresch.

Albert Einstein, von ihm gibt es dazu viele Aussagen, ein Beispiel: "Das schönste und tiefste Gefühl, das wir erfahren können, ist die Wahrnehmung des Mystischen. Sie ist die Quelle aller wahren Wissenschaft."

Werner Heisenberg, Physiker, einer der Väter der Quantentheorie: "Der erste Trunk aus dem Becher der Naturwissenschaften macht atheistisch, auf dem Grund des Bechers wartet Gott." Indem die Wissenschaftler immer tiefer in den Mikro- und Makrokosmos vordringen und vordringen, lernen viele von ihnen Staunen, staunen vor der Großartigkeit und Schönheit der Schöpfung, dem gesamten Kosmos. Eine Großartigkeit und eine Schönheit, die mit menschlicher Sprache nicht entsprechend gewürdigt werden können.

Schon für Leibniz war es die beste aller möglichen Welten. Für Platon war Staunen der Beginn der Philosophie, und Gottlieb Herder war der Überzeugung ohne Staunen, ohne Begeisterung geschah nichts Großes und Gutes auf der Welt.

Das Staunen war bei den Mystikern in allen Religionen, in besonderer Weise in den Naturreligionen ein erster, wesentlicher Zugang zur Spiritualität. Das Staunen-Können löst weitere Prozesse aus.

Dorothee Sölle beschreibt dies so wunderbar in "Mystik und Widerstand". Für sie führt der Weg über Staunen zu Ehrfurcht und Lobpreis. Staunen oder Bewunderung ist eine Art, den Schöpfer zu loben, auch wenn sein Name nicht genannt wird.

Wie sehen nun Wissenschaftler heute den Menschen, die Welt, den Mikro-, den Makrokosmos?

Die Urknalltheorie wird heute von den meisten Wissenschaftlern als eine sehr wahrscheinliche gesehen. Hintergrundstrahlung! Letzte Gewissheit gibt es nicht.

Der amerikanische Astrophysiker Trinh Xuan Thuan sagt in seinem Buch "Die verborgene Melodie", es gibt Geheimnisse, was die Entstehung und Weiterentwicklung des Kosmos angeht und es werden Geheimnisse bleiben. Er schreibt über die phantastische Feinabstimmung von etwas mehr als 12 physikalischen Konstanten im Kosmos, und würden sie nur in kleinsten Nuancen abweichen, so gäbe es uns und diesen Kosmos so nicht oder gar nicht.

Zitat Thuan: "Von diesen Konstanten hängt die phantastische Hierarchie der Strukturen und Massen im Universum ab: vom kleinsten Atom bis zum größten Galaxiensuperhaufen über den Menschen, die Planeten, die Sterne und die Galaxien. Am erstaunlichsten aber sind die physikalischen Größen, die – zusammen mit den Anfangsbedingungen des Universums – die Entfaltung des Lebens und die Entstehung des Bewusstseins und der Intelligenz ermöglichen. Die Existenz des Lebens hängt von einem sehr empfindlichen Gleichgewicht, Sie hängt vom einzigartigen Zusammentreffen ganz bestimmter Umstände ab. Schon die geringste Änderung der Zahlenwerte oder der Anfangsbedingungen würde zu einem völlig anderen Universum führen – uns gäbe es dann allerdings nicht."

Eines der Grundprinzipien in der Evolution ist die Entwicklung zu immer komplexeren Formen, in anorganischen, wie in organischen. Heute geht man davon aus, dass allen Vorgängen in der Evolution eine Selbststeuerung innewohnt, eine Selbststeuerung, die Bestand und Weiterentwicklung sichert. Der englische Biologe Sheldrake nennt dieses Phänomen, das allen Vorgängen zu jeglichem Leben gegeben ist – morphogenetisches Feld – ein geistiges Feld, wie er feststellt.

Die Entdeckung der Unschärferelation durch Heisenberg hat die physikalische Vorhersage und Sicherheit tief erschüttert. Ab jetzt gilt: In allen Entwicklungsbereichen der Evolution ist alles offen, nichts mehr vorhersagbar, alles möglich oder eben nicht. Hans P. Dürr dazu: "Zukunft ist prinzipiell nicht vorhersagbar."

Hans P. Dürr bemühte sich jahrelang landauf landab die Vorgänge in der Tiefe des Seins, die wesentlichen Erkenntnisse durch die Quanten-Theorie erklärbar zu machen. Aus seinem Buch: "Auch die Wissenschaft spricht nur in Gleichnissen" mit dem Untertitel: "Die neue Beziehung zwischen Religion und Naturwissenschaften", daraus 2 Passagen: "In der Quantenphysik gibt es das Teilchen im alten klassischen Sinne nicht mehr, d. h. es existiert im Grunde keine (kleinsten) zeitlich mit sich selbst identischen Objekte. Damit geht die ontische

Struktur der Wirklichkeit verloren. Die Frage: Was ist, was existiert? wird dynamisch verdrängt durch: Was passiert? Was wirkt? Das Primäre ist nicht mehr die reine Materie, die, selbst gestaltlos, den Raum besetzt; es gilt nicht mehr "Wirklichkeit als Realität", sondern im Grunde dominiert die immaterielle Beziehung, reine Verbundenheit, das Dazwischen, die Veränderung, das Prozesshafte, das Werden, eine Wirklichkeit als Potenzialität".

Die zweite Stelle: "Die Gestalt, die innere Form ist grundlegender als die Materie. Dies verführt uns zu der Analogie aus unserer erweiterten, menschlichen Erfahrungswelt: Die Grundwirklichkeit hat mehr Ähnlichkeit mit dem unfassbaren, lebendigen Geist als mit der uns geläufigen greifbaren stofflichen Materie. Die Materie erscheint mehr als eine "Kruste" des Geistes. Ich betone nochmals: Dies ist zunächst nur als ein Gleichnis gemeint, denn Worte wie Geist und Lebendigkeit kommen in der Physik nicht vor. Im Grunde gibt es also nur Gestalt, eine reine Beziehungsstruktur ohne materiellen Träger."

Als weiteres einige Fragmente aus einem Vortrag von ihm am 11. März 2005 am Goethe-Institut in München: "Materie ist nicht aus Materie aufgebaut, das Fundament der Welt ist nicht materiell. Stattdessen finden wir hier Informationsfelder, Führungsfelder, Erwartungsfelder, die mit Energie und Materie nichts zu tun haben." "Die Grundlage der Welt ist nicht materiell, sondern geistig. Und die Materie ist gewissermaßen die Schlacke des Geistes, sie bildet sich hinterher durch eine Art Gerinnungsprozess." Das Paradigma des Unlebendigen lautet: In Zukunft passiert das Wahrscheinliche wahrscheinlicher. Beim Lebendigen ist es umgekehrt: In Zukunft ist das Unwahrscheinliche wahrscheinlich. Er selber sagt: noch unverständlicher ist: "Es gibt echt kreative Prozesse: Etwas entsteht aus dem Nichts und vergeht im Nichts."

Als das entscheidende Grundprinzip der Evolution nennen immer mehr Wissenschaftler den unwissenschaftlichen Begriff: Die Liebe.

Die beiden chilenischen Biologen und Nobelpreisträger Humberto R. Maturana und Francisco J. Varela bringen in ihrem Buch: "Der Baum der Erkenntnis" als Naturwissenschaftler gar den Begriff "Liebe" ins Spiel. Sie schreiben: "Wir halten keine Moralpredigt, wir predigen nicht die Liebe. Wir machen einzig und allein die Tatsache offenkundig, dass es, biologisch gesehen, ohne Liebe, ohne Annahme anderer, keinen sozialen Prozess gibt. Zu leugnen, dass die Liebe die Grundlage des sozialen Lebens ist, und die ethischen Implikationen dieser Tatsache zu ignorieren, hieße, all das zu verkennen, was unsere Geschichte als Lebewesen in mehr als 3,5 Milliarden Jahren aufgewiesen hat. Es mag uns ungewöhnlich vorkommen und wir mögen uns dagegen sträuben, den Begriff "Liebe" in einem naturwissenschaftlichen Zusammenhang zu gebrauchen, da wir um die Objektivität unseres rationalen Ansatzes fürchten. Aus dem, was wir in diesem Buch aufgezeigt haben, sollte jedoch erhellen, dass eine solche Furcht unbegründet ist. Liebe ist eine biologische Dynamik mit tiefreichenden Wurzeln."

Auch Ken Wilber bezeichnet die Liebe im weitesten Sinn als die eigentliche, die treibende Kraft des Lebens und der Evolution. Er sagt: Die Bereitschaft (die er als Liebe benennt) zur Selbsttranszendenz zur nächst höheren, komplexeren Form ist überall in der Evolution, im gesamten Kosmos erkennbar. Bereitschaft oder Liebe im Sinne einer absoluten Offenheit für alles und jedes.

Hans P. Dürr benutzte ebenso den Begriff Liebe: "Denn Allverbundenheit, die wir Liebe nennen können und aus der Lebendigkeit sprießt, ist in uns und in allem Anderen von Grund auf angelegt." Der Neurobiologe Gerald Hüther gibt seinem Buch gar den Titel: "Die Evolution der Liebe" und schreibt, dass primär die Liebe die lebendige Welt, den Einzelnen, das Paar, eine Gruppe, die ganze menschliche Gemeinschaft im Innersten zusammenhält." Und nicht eben wie nach Darwin lange die Meinung vorherrschte, dass Konkurrenz, natürliche Auslese, Kampf ums Dasein die bestimmenden Verhaltensweisen sind.

Die ganz neuen Forschungsergebnisse aus der Neurobiologie der letzten 10 Jahre beschreibt Joachim Bauer in seinem Buch: "Prinzip Menschlichkeit". Sie fügen sich nahtlos zu den anderen Erkenntnissen.

Joachim Bauer: "Wir sind nicht primär auf Egoismus und Konkurrenz eingestellt, sondern auf Kooperation und Resonanz. Das Gehirn belohnt gelungenes Miteinander durch Ausschüttung von Botenstoffen, die gute Gefühle und Gesundheit erzeugen." Joachim Bauers wichtigste Aussage: "Die beste Droge für den Menschen ist der Mensch."

Aus dem Inhalt des Buches zwei wesentliche Aussagen: "Das natürliche Ziel der Motivationssysteme sind soziale Gemeinschaft und gelingende Beziehungen mit anderen Individuen, wobei dies nicht nur persönliche Beziehungen betrifft, Zärtlichkeit und Liebe eingeschlossen, sondern alle Formen sozialen Zusammenwirkens." Für den Menschen bedeutet dies: "Kern aller Motivation ist es, zwischenmenschliche Anerkennung, Wertschätzung, Zuwendung oder Zuneigung zu finden und zu geben. Wir sind aus neurobiologischer Sicht – auf soziale Resonanz und Kooperation angelegte Wesen."

Weiter: "Besonders heftig reagieren die Motivationssysteme des Menschen, wenn Liebe im Spiel ist, egal, ob es sich um elterliche, kindliche oder sexuelle Liebe handelt."

Aus all diesen bisher aufgezeigten neuen Forschungsergebnissen der modernen Naturwissenschaften entsteht ein neues Welt- und Menschenbild. Und dieses wird wiederum unser Bewusstsein beeinflussen und verändern.

Überall bin ich dem gleichen Tenor begegnet:

Erwin Laszlo, Club of Rome: "Die Welt ist viel mehr eine ganzheitliche Welt der Information und der Teilhabe. Jedes Teilchen, jedes Atom ist durchdrungen von der Ganzheit des Universums."

Nochmals H.P. Dürr: "Die Natur ist im Grunde nur Verbundenheit". "Diese fundamentale Verbundenheit führt dazu, dass die Welt eine Einheit ist." Das Holistische, das Ganzheitliche ist auch das wesentliche Charakterium der Quantenphysik.

Das ganzheitliche, holistische Denken ist heute Allgemeingut aller modernen Naturwissenschaften, nämlich der Quantenphysik, der Astrophysik, der Theoretischen Chemie, der System-Theorie, der Ökologie, der Klimatologie und der Neurobiologie. Es gilt: das Prinzip der Vernetzung, der Zusammengehörigkeit, der Einheit, des Eins-Seins. Es gilt: die Einheit von Körper, Geist und Seele. Es gilt: Der Wechsel vom dualistischen Entweder-Oder zum polaren Sowohl-als-auch.

Und wieder Hans P. Dürr: "Wir sind angehalten, in einem grundlegenden neuen Denken zu einem umfassenden Verständnis unserer Wirklichkeit zu gelangen, in der auch wir uns als Faser im Gewebe des Lebens verstehen, ohne dabei etwas von unseren besonderen menschlichen Qualitäten opfern zu müssen. Wir lernen, dass wir wie alles Andere, untrennbar mit dieser wundersamen, irdischen Geobiosphäre verbundene Teilnehmer und Teilhabende sind."

Willigis Jäger abschließend: "Haben wir die Erfahrung der Einheit und Zusammengehörigkeit gemacht, ist die Liebe nicht mehr Gegenstand eines Gebotes, sondern der selbstverständliche Ausdruck des eigenen Wesens. Die Liebe ist nicht befohlene Tätigkeit, sondern Seins-Zustand der transpersonalen Existenz." Wir haben also die Liebe als das zentrale Merkmal der Evolution, des Lebens des Kosmos erkennen dürfen.

In dieser ganzheitlichen Geisteshaltung wird sich der Mensch nachhaltig und zukunftsfähig in die Kreisläufe und Wachstumsprozesse der Natur einfügen.

Nicht mehr die Suche nach den letzten Teilchen, sondern das Aufzeigen systemischer Zusammenhänge ist wichtig, nicht mehr das zerlegende Analysieren, sondern ganzheitliches Verstehen. Eine zentrale Aussage hierzu: Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile.

Fritjof Capra widmet sein neueres Buch: "Lebensnetz – ein neues Verständnis der lebendigen Welt" dieser Thematik. Er versucht darin das synergetische Denken in einer ganz-

heitlichen Wissenschaft zu etablieren. (so im Umschlag des Buches.) Dieses systemische ganzheitliche Denken trägt zu einem neuen Verständnis des Menschen bei. Die Natur wird nicht mehr als zu beherrschendes Gegenüber verstanden, sondern wir Menschen als ihr integraler Teil, als Zellen in einem erdumspannenden Lebensnetz.

Mit einem solchen Bewusstsein brauchen wir keine ethischen Appelle mehr, sondern wollen ganz selbstverständlich „anders besser leben“ als bisher: Solidarisch, ökologisch, gesund, nachhaltig, also zukunftsfähig und schöpfungsbewusst. Das wesentliche Neue ist im Kleinen, in Ansätzen bereits überall da. Wer sucht, wer offen ist, dem wird es begegnen, dem wird es zufließen.

Spiritualität als Alltags- und Lebensprinzip

Albert Schweitzer hat zu Beginn des 20. Jahrhunderts eine Spiritualität beschrieben, die im heutigen Kontext ganz aktuell ist. Längere Zeit habe er nach einer spirituellen Kurzform gesucht: „Ehrfurcht vor dem Leben“. Seine zentralen Aussagen: „Der Mensch erlebt das andere Leben in dem seinen. Als gut gilt ihm: Leben erhalten, Leben fördern, entwickelbares Leben auf seinen höchsten Wert bringen.“ – „Ethisch ist er nur, wenn ihm das Leben als solches, das der Pflanze und des Tieres wie das des Menschen, heilig ist, und er sich dem Leben, das in Not ist, helfend hingibt. Die Ethik der Ehrfurcht vor dem Leben begreift also alles in sich, was als Liebe, Hingebung, Mitleiden, Mitfreude und Mitstreben bezeichnet werden kann.“ Schweitzers Schlüsselsatz: „Ich bin Leben, das leben will, inmitten von Leben, das Leben will“.

Für Willigis Jäger sind Alltag und Spiritualität nicht zu trennen. Er sagt: „Die Durchdringung von Alltag und Spiritualität setzt die Erfahrung voraus, dass es nichts gibt, was nicht eine Ausdrucksform des Göttlichen wäre. Dementsprechend ist der Vollzug des Lebens der wirkliche Inhalt der Religiosität und alle Gebete und Riten sind etwas, was wir dem hinzufügen, mit dem wir diese Wahrheit feiern.“

Mit diesen oben aufgezeigten Einstellungen ist das Los-Lassen-Können von einer einseitigen Betonung und Fixierung des Materiellen, des Besitzens, von ausufernden Bedürfnissen in unserer Konsumwelt kein Verzicht, keine Askese, sondern eine Selbstverständlichkeit. Die Widersprüche zwischen unserem Wissen, unseren Idealen und unserer Lebensweise heben sich so Schritt für Schritt auf. Mit einem systemischen, ganzheitlichen Denken, mit einem integralen, ja kosmischen Bewusstsein fällt es uns leicht „anders besser zu leben“, zukunftsfähig mit Körper, Geist und Seele.

In diesem geistigen spirituellen Befinden kann sich eine Kultur des Mitfühlens, der Achtsamkeit, der Zusammengehörigkeit, Verbundenheit und der Vernetzung entfalten. Allein das Gefühl für Zusammengehörigkeit und Verbundenheit beinhaltet in sich spirituelle Dimensionen. Der Mensch wird sich als ein Glied in diesem vielfältigen Lebensnetz erkennen und zu einer Art Geschwisterlichkeit, nicht nur zwischen den Menschen, sondern mit allem Geschaffenen finden. Hierin entdecken wir das Wesen einer mystischen Spiritualität.

Und ein Wort von Karl Rahner passt an dieser Stelle. „Der Christ der Zukunft wird Mystiker sein, oder er wird nicht sein.“ Das wesentlich Neue ist im Kleinen, in Ansätzen bereits überall da. Wer sucht, wer offen ist, dem wird es begegnen, dem wird es zufließen.

Zum Schluss eine persönliche Anmerkung: Seit Jahren sind mir diese Entwicklungen und Erkenntnisse zu meinem persönlichen Schwerpunkt, zu meinem Herzensanliegen geworden. Ich habe ganz neue Perspektiven und Zuversicht gewonnen. Meine Träume und Visionen sind intensiver und gefestigter, zwar nicht für die nähere Zukunft, sondern für eine Zeit danach, die ich nicht mehr erleben werde. Es ist mir bewusst, dass wir die Talsohle von Leid, Tod und Sterben und weiterer Zerstörung unserer Lebensgrundlagen noch nicht erreicht haben.

Sepp Stahl, Juni 2006, überarbeitet Mai 2018

„Die Wirklichkeit Gottes erschließt sich nicht anders als indem sie mich ganz in die Weltwirklichkeit hineinstellt, die Weltwirklichkeit aber finde ich immer schon getragen, angenommen, versöhnt in der Wirklichkeit Gottes vor. Das ist das Geheimnis der Offenbarung Gottes in dem Menschen Jesus Christus.“ (Dietrich Bonhoeffer in seiner Ethik). Weltlichkeit ist also gegründet in Spiritualität. Für Bonhoeffer, so hat es Wolfgang Huber festgestellt, „gibt es verantwortliches Tun nicht ohne geistliche Erfahrung, politische Aktion nicht ohne Spiritualität, Identifikation im Handeln nicht ohne das Geschenk der Identität.“ (zeitzeichen 7/2016)

Themenbereich Frieden

Rüstungsexportkontrolle

Der Vorstand unseres Vereins hat einen offenen Brief an Landesbischof Dr. Heinrich Bedford-Strohm und an Kardinal Dr. Reinhard Marx geschrieben, der aus einer Arbeitsgruppe des Studientags zum Thema Lobbyismus entstanden ist:

München, den 10.10.2019

Sehr geehrter Herr Kardinal, sehr geehrter Herr Landesbischof,

das Netz Bayern hat 2019 einen Studientag zum Thema Lobbyismus organisiert. In der Arbeitsgruppe „Rüstung“ haben wir aufgrund der Verhältnisse aktueller Kriege und kriegsähnlicher Konflikte z.B. in Afghanistan, Syrien, Irak und Jemen folgende Forderungen formuliert:

Forderungen an Bundesregierung bzw. Mitglieder des Deutschen Bundestags:

1. Wir fordern von der Bundesregierung und dem Deutschen Bundestag ein Rüstungsexportkontrollgesetz auszuarbeiten und zu beschließen.
 - Dieses soll Genehmigungen von Kriegswaffen an Drittstaaten verbieten
 - Ferner sollen auch Kriegswaffen aus Tochterfirmen im Ausland nicht genehmigt werden
 - Widerrechtliche Genehmigungen sind unter Strafe zu stellen.
2. Die Bundesregierung soll sich für ein europäisches Aufsichtsgremium für die Überwachung von Rüstungsexporten einsetzen.

Als Mitglieder des ÖNB sehen wir uns verpflichtet, diese Forderungen an die Bundesregierung und an die Mitglieder des Deutschen Bundestags zu richten und auch in unseren Kirchen und Kirchgemeinden bekannt zu machen.

Wir weisen darauf hin, dass Kriege und kriegsähnliche Konflikte in hohem Maße zu Fluchtsachen beitragen. Die EU sorgt derzeit dafür, dass in den bewaffneten Grenzsicherungen in Drittländern wie Türkei und in Nordafrika investiert wird.

Wir setzen uns für die Stärkung der Friedensforschung und Konfliktprävention ein, die helfen soll, Kriege und kriegsähnliche Konflikte zu vermeiden.

Wir sind überzeugt, dass auch Sie diese Anliegen teilen. Wir bitten Sie, setzen Sie sich dafür ein, dass von unserer kirchlichen Arbeit Signale des Friedens ausgehen.

Vielen Dank und mit freundlichen Grüßen

Michael Kappus, Vorsitzender des Trägervereins

Waffen, Waffen und kein Ende

Das Friedensinstitut Sipri hat mitgeteilt: die weltweit größten Rüstungskonzerne haben im Jahr 2018 ihren Umsatz kräftig erhöht. Im Jahr 2017 verkauften die Unternehmen Waffen im Wert von 348,2 Milliarden Euro. Die Verkaufszahlen sind somit das dritte Jahr in Folge gewachsen. Unter den 100 Top-Unternehmen stehen auch 4 deutsche, darunter Rheinmetall, Thyssen-Krupp und Hensoldt, die ein Plus von 10 Prozent (= 8,3 Milliarden Dollar) verzeichneten.

Vielleicht sollten wir uns erinnern: Es gab mal eine Zeit, in der die Christen sich weigerten, Geschäfte mit Kriegswaffen zu betreiben und in den Krieg zu ziehen. Und das in dem mächtigen und kriegerischen Römischen Reich!

Drei Fragen an den Friedensbeauftragten der EKD Pastor Renke Brahms und seine Antworten

(Hervorhebungen vom Autor dieses Artikels):

1. Warum ist eine Friedenssynode jetzt an der Zeit?

Wir merken, dass sich unsere Welt rapide verändert. Die internationale Ordnung gerät ins Wanken, die friedenssichernden Systeme der Vereinten Nationen sind an ihre Grenzen geraten, die Kluft und Ungleichheit zwischen arm und reich wächst weltweit an, neue Waffensysteme machen die Welt unsicherer. Europa ist umgeben von Krisen und Kriegen. Sicherheit erreichen wir nicht durch militärische Gewalt. Es gibt Alternativen – und dafür müssen gerade wir Kirchen eintreten. **"Die Friedenssynode soll ein weiterer Schritt dahin sein, das Schlüsselthema Frieden zu diskutieren und mit starker Stimme in die Gesellschaft zu wirken."**

2. Was kann eine Synode politisch bewirken?

Eine Synode kann Fragen stellen, Informationen sammeln, mögliche Antworten

diskutieren. Mein Eindruck ist, dass man in der Politik sehr genau hinhört, wenn wir als Kirchen mit all unseren internationalen Verbindungen und unserer lokalen Verankerung in Städten und Dörfern inhaltlich fundierte Vorschläge machen. **Wichtig ist mir, dass wir die Fixierung auf militärische Gewalt, auf die "ultima ratio" überwinden und das große Potential Ziviler Krisenprävention und Konflikttransformation erkennen.** Gerade wir Kirchen haben hier wichtige Erfahrungen einzubringen.

3. Welche Bedeutung hat das Friedens-thema für die Kirche?

Wenn sich unsere Welt und unser Land so stark verändern, wird es unsere Kirche nicht unberührt lassen. Wir merken, dass unsere Gesellschaft vielfältiger wird – nicht nur durch die Ankunft vieler schutzsuchender Menschen in den letzten Jahren. Vielfalt ist eine große Chance – aber auch eine große Herausforderung: Wie lernen wir

es, in Frieden miteinander zu leben. Der Glaube an Jesus Christus ist hier eine große Kraftquelle. Die Christinnen und Christen sind berufen, Friedensstifter zu sein. **Es wäre allerdings eine heillose Überforderung, wenn wir das nur aus eigener Kraft sein müssten. Wir glauben –**

und wir erleben gegenwärtig auch an vielen Orten, wie Gottes Geist wirkt und Menschen auch trotz aller widrigen Verhältnisse zusammenführt. Erneuerung durch den Geist des Friedens – das wünsche ich mir für unsere Kirche!

Martin Bleher

Institut für Friedenstheologie gegründet

Katholische und evangelische Theologen haben das „Ökumenische Institut für Friedenstheologie ÖFT“ gegründet. Es handle sich um „die erste Forschungseinrichtung, die sich im Raum der Volkskirchen auf friedentheologische Fragen spezialisiert,“ betonen die 18 Gründungsmitglieder. Geplant seien Seminare, Veröffentlichungen und Stellungnahmen. Alle interessierten Theologen und Theologinnen seien zur Mitwirkung eingeladen. Man wolle „klassisch-theologische Grundfragen in Hinsicht auf Theorie und Praxis der Gewaltfreiheit neu zu denken und artikulieren.“ Derzeit liege die Koordination des ÖFT bei dem württembergischen Pfarrer Rainer Schmid in Aalen (www.friedenstheologie-institut.jimdo.com)

Gemeinsamer Aufruf des Bundesausschusses Friedensratschlag und der Kooperation für den Frieden

- Gemeinsamer Aufruf zu bundesweiten Protesten gegen Bundeswehr-Werbeveranstaltungen am 12. November 2019

- Statt 50 Mrd. Euro für die Rüstung die Mittel für Klimaschutz, zivile Infrastruktur und Sozialausgaben einsetzen

Im November soll der Bundeshaushalt 2020 verabschiedet werden. Bislang ist vor allem bei den "Verteidigungsausgaben" eine kräftige Steigerung vorgesehen. Einschließlich der in anderen Etatposten versteckten Ausgaben ergibt sich eine Größenordnung von 50 Mrd. Euro (nach NATO-Kriterien). Während für notwendige Zukunftsausgaben und die sozial-ökologische Wende angeblich das Geld fehlt, werden Rüstungsprojekte für noch mehr Zerstörungspotenzial und weltweite Einsätze in Konflikt- und Kriegsregionen über Jahre hinaus im Bundeshaushalt fest eingeplant.

Die Kooperation für den Frieden und der Bundesausschuss Friedensratschlag rufen dazu auf, durch Aktionen und öffentliche Wortmeldungen gegen diesen eklatanten Missstand zu protestieren.

Ebenso beunruhigen uns das mit den Rüstungsanstrengungen einhergehende Schüren von Feindbildern und die zunehmend aggressivere Werbung für die Bundeswehr. Insbesondere die Absicht, am 12. November in den Bundesländern öffentliche Rekrutenvereidigungen abzuhalten, soll dazu herhalten, die Bundeswehr entgegen der Stimmung in der breiten Bevölkerung wieder salonfähig zu machen. Wir lehnen diese innere Militarisierung unserer Gesellschaft ab!

Die Kooperation für den Frieden und der Bundesausschuss Friedensratschlag fordern aus diesem Anlass:

- **keine Erhöhung der Rüstungsausgaben im Bundeshaushalt, sondern Schritte zu Rüstungskonversion und Abrüstung**
- **Investitionen für sozial-ökologische Zukunftsaufgaben im Inland und globale Nachhaltigkeit**
- **eine aktive Friedenspolitik statt Propaganda für den Kriegsdienst in der Öffentlichkeit.**

<http://www.koop-frieden.de/artikel-erstellen/gemeinsamer-aufruf-des-bundesausschuss-friedensratschlag-und-der-kooperation-fuer>

04.10.2019

Die 100 führenden Rüstungskonzerne der Erde haben ihre weltweiten Waffenverkäufe im vergangenen Jahr um fast fünf Prozent gesteigert. Im Jahr 2018 wurden von ihnen Rüstungsgüter und militärische Dienstleistungen im Gesamtwert von 420 Milliarden Dollar verkauft, wie das Stockholmer Friedensforschungsinstitut Sipri mitteilte. Absoluter Spitzenreiter bei den Verkäufen bleiben abermals die USA.
(Quelle: dpa)

Die Ächtung der Atomwaffen als Beginn nuklearer Abrüstung

Der Vorstand der Deutschen Kommission Justitia et Pax veröffentlicht eine Erklärung zur umfassenden Ächtung von Atomwaffen.

In einem intensiven Reflexionsprozess hat die Deutsche Kommission Justitia et Pax die Erfahrungen jahrzehntelanger Atomwaffenpolitik, gegenwärtige Entwicklungen internationaler Politik und die Argumente Für und Wider Atomwaffen kritisch geprüft. Vor dem Hintergrund der katholischen Friedenslehre und der Haltung der Katholischen Kirche zu Atomwaffen kommt sie zu dem Schluss, dass weder der Besitz noch der Einsatz von Atomwaffen ethisch oder politisch zu rechtfertigen sei. Mit dieser Position unterstützt die Kommission die aktuellen Initiativen zu einer vollumfänglichen Ächtung der Atomwaffen. Außerdem versteht sich diese Erklärung als Beitrag zu einer notwendigen nationalen und internationalen Diskussion über die Ächtung von Atomwaffen, die den ersten wichtigen Schritt für die nukleare Abrüstung markiert. Nachfolgend finden Sie die Erklärung im Wortlaut, die sich als Zusammenfassung eines umfangreicheren Positionspapiers versteht. Dieses wird in Kürze in der

Schriftenreihe „Gerechtigkeit und Friede“ der Deutschen Kommission Justitia et Pax in Deutsch und Englisch publiziert.

Erklärung

Mit wachsender Besorgnis nimmt die Deutsche Kommission Justitia et Pax eine stetige Verschlechterung des Klimas internationaler Beziehungen wahr. Die Abkehr von bewährten diplomatischen Gepflogenheiten wird zusätzlich von einem Abbau institutionalisierter Kontrollmechanismen für die atomare Rüstung und Abrüstung begleitet. Diese und andere Entwicklungen haben die Kommission veranlasst, ihre im Jahr 2008 veröffentlichte Bewertung der Strategie atomarer Abschreckung zu überprüfen. Im Ergebnis schließt sie sich der vom Heiligen Stuhl und Papst Franziskus vertretenen Auffassung an, der zu Folge dieses Konzept der Friedenssicherung ethisch nicht länger verantwortet werden kann und die Atomwaffen völkerrechtlich geächtet werden müssen.

Die kirchliche Friedenslehre versteht es als höchstes Ziel internationaler Friedenspolitik, eine Weltordnung zu schaffen, in der Krieg als Mittel der Konfliktaustragung durch gewaltfreie Wege der Konfliktregulierung ersetzt wird. So lange dies nicht der Fall ist, räumt die kirchliche Lehre den Staaten ein begrenztes Recht zur militärischen Verteidigung ein. Der Einsatz von Massenvernichtungswaffen ist jedoch uneingeschränkt verwerflich. Das gilt besonders auch für den Einsatz von Atomwaffen, sofern sie den Massenvernichtungswaffen zuzurechnen sind. Die kirchliche Lehre hat deswegen die Strategie der atomaren Abschreckung nur insoweit als moralisch vertretbar erklärt, als sie strikt der Kriegsverhütung dient, und wenn die Regierungen erkennbar darauf hinarbeiten, sie zu überwinden. Der Hauptgrund für diese Bedingung liegt in dem moralischen Dilemma, zum Zweck der Abschreckung glaubwürdig mit dem Einsatz von Atomwaffen drohen zu müssen, der sich moralisch nicht rechtfertigen lässt.

Die Deutsche Kommission Justitia et Pax hat die neueren Entwicklungen in den Bereichen der internationalen Politik und des Militärwesens im Licht der maßgeblichen Kriterien der kirchlichen Friedensethik und des Völkerrechts betrachtet und bei der ethischen Beurteilung vor allem das Kriterium der Verhältnismäßigkeit und das sog. Diskriminierungsgebot (Unterscheidung von Kombattanten und Nichtkombattanten) angewandt. Sie gelangt dabei zu dem Schluss, dass die bisherige moralische Duldung der Strategie der nuklearen Abschreckung als Konzept der Kriegsverhütung aufgegeben werden muss. Die mächtigsten Atomwaffenstaaten lassen keinen ernsthaften Willen erkennen, von ihr abzurücken, sondern setzen programmatisch darauf, einen Atomkrieg führen, begrenzen und gewinnen zu können. Die Kommission hält diese Vorstellung in gefährlicher Weise für illusionär. Zudem senkt sie die Hemmschwelle für den Einsatz von Atomwaffen. Die Atommächte ignorieren außerdem die vielfältigen Risiken, die aus der wachsenden Komplexität und zunehmenden Unbeherrschbarkeit der in-

ternationalen Politik erwachsen, durch Atomwaffen aber kaum verringert werden können, sondern durch sie eher noch steigen. Sie sind erneut bereit, für die Modernisierung der Atomwaffen und für neue Waffensysteme Unsummen zu investieren, die anderweitig dringend nötig wären, um die gewaltigen Herausforderungen bewältigen zu können, mit denen die Weltgesellschaft gegenwärtig und zukünftig konfrontiert wird.

Die Kommission ist überzeugt davon, dass die Krise der internationalen Politik nicht in erster Linie verstärkte Rüstungsbemühungen verlangt, sondern intensive Anstrengungen, das herrschende Misstrauen in den internationalen Beziehungen durch Dialog und Zusammenarbeit abzubauen. Vertrauen ist die Grundlage von Friedenspolitik und der Schlüssel zur nuklearen Abrüstung und Rüstungskontrolle. Das Ziel einer atomwaffenfreien Welt ist ohne oder gar gegen die Atomwaffenstaaten nicht erreichbar. Gerade deswegen muss der erste Schritt auf diesem Weg darin bestehen, die Atomwaffen zu ächten, um dann ebenso zielstrebig wie geduldig Rüstungskontroll- und Abrüstungsmaßnahmen zu verhandeln, um die Nuklearwaffen nicht nur zu bannen, sondern sie wirklich aus der Welt zu verbannen. Die Bündnissolidarität innerhalb der NATO muss den Willen einschließen, auf eine atomare Nulllösung hinzuarbeiten, ohne die eingegangenen Beistandspflichten zu vernachlässigen. Die USA, Russland und China sollten ihre Stärke unter Beweis stellen, indem sie in diesem Prozess eine Vorreiterrolle übernehmen. Sie müssen dafür die Vereinten Nationen oder regionale Institutionen für Sicherheit und Zusammenarbeit wie die OSZE und die OAU nutzen, anstatt sie zu schwächen, zu blockieren oder sie zu ignorieren. Ihre wahre Größe als führende Großmächte in der multipolaren Welt liegt heute in der Fähigkeit, über ihr Eigeninteresse hinaus das Wohl der Menschheit zum Leitfaden ihrer Politik zu machen.

Berlin, 17. Juni 2019

Für Rückfragen steht Ihnen zur Verfügung: Dr. Markus Patenge, Referent für den Arbeitsbereich Frieden der Deutschen Kommission Justitia et Pax, Telefon: +49 30 243428 182

[Pressemitteilung](#) Justitia et Pax

„Gandhi war vermutlich der erste Mensch in der Geschichte, der Jesu Liebesethik über eine bloße Beziehung zwischen Einzelpersonen hinaus zu einer mächtigen und wirksamen sozialen Kraft in großem Maßstab erhob.

Ich finde im Neuen Testament keine Rechtfertigung des Krieges. In meinen Augen ist Jesus einer der größten Propheten und Lehrer, die der Welt je gegeben wurden.“

Mehatma Gandhi (zitiert nach Martin Bauschke, zeitzeichen 9/19)

Seit Jahren beobachtet unser Mitglied Wolfram Rohde-Liebenau die weltweiten Friedensbemühungen – und ebenso die Bedrohungen solcher Bemühungen. Wir geben den folgenden Aufsatz ohne die Anmerkungen wieder:

Nationale Sicherheitspolitik der USA - Drohungen von Donald Trump -

Die USA von Donald Trump bereiten in einer den internationalen Frieden bedrohenden Weise die Ausweitung der amerikanischen Einflussosphäre vor und stellen mit Mühe erreichte Verträge zur Reduzierung der Gefahren atomarer Kriegsführung in Frage. Die neue Konzeption der amerikanischen Sicherheitsstrategie geht von einer Neudefinition der internationalen Lage aus und stellt Forderungen auf außerordentliche Anstrengungen zur Rückgewinnung und Ausweitung der Führungsrolle der USA in dieser Welt. Darüber hinaus wird durch die mögliche, von Trump angekündigte Kündigung des INF-Vertrages gerade in Europa die Gefahr eines Atomkrieges erhöht - der INF-Vertrag hatte nach dem Aufbau der Atomkriegs-Drohungen durch die Stationierung der sowjetischen SS20 und der amerikanischen Pershing-Raketen zu einem Hoffnung gebenden Abbau der Atomwaffen in Europa geführt.

Schon in seinen einleitenden Worten zu dieser National Security Strategy sagt Trump: "Die Vereinigten Staaten sehen sich einer **außerordentlich gefährlichen** Welt gegenüber. Rivalisierende Mächte unterminieren die amerikanischen Interessen rund um den Globus. Die Vereinigten Staaten werden nicht länger wirtschaftliche Aggression oder unfaire Handelspraktiken dulden."

Im Rahmen der Umsetzung von Trumps Ziel "Make America Great Again" wird die Ausweitung der amerikanischen Einflussosphäre als weiteres außenpolitisches Ziel gesetzt. Hier wird dargestellt, dass die USA - eben wegen der außerordentlich gefährlichen Welt und "unfairer Aufteilung der Lasten sowie unzureichender Investitionen in die eigene Verteidigung - Gefahren von denen eingeladen haben, die uns Unheil wünschen".

Zuspitzung der internationalen Lage

Die Sprache von Präsident Trump und diese Darstellung einer außerordentlich gefährlichen Welt bei gleichzeitiger Zielsetzung einer Ausweitung der amerikanischen Einflussosphäre bringt eine gefährliche Zuspitzung der internationalen Lage mit sich, denn die anderen Nationen, die ebenfalls an ihrer eigenen nationalen Sicherheit interessiert sind, werden sich bei einer solchen Darstellung der amerikanischen Wahrnehmung von Gefährdungen und der Zielsetzung einer Ausweitung der amerikanischen Einflussosphäre nicht allein mit der Beobachtung dieser neuen amerikanischen Strategie zufrieden geben, sondern werden eigene Zielsetzungen und vielleicht Allianzen zur Abwehr dieser amerikanischen Ansprüche bilden.

Die Einleitung der National Security Strategy von 2018 stellt klar, dass zwei Mächte - China und Russland - die Macht der USA, ihren Einfluss und ihre Interessen herausfordern und dass sie versuchen die Sicherheit und den Wohlstand Amerikas infrage zu stellen. Daher sei

es eine Pflicht, vier lebenswichtige nationale Interessen in dieser im Wettbewerb stehenden Welt zu wahren:

Pillar 1: der Schutz des amerikanischen Volkes, seiner Heimat und des "American way of life"

Pillar 2: die Förderung des amerikanischen Wohlstands

Pillar 3: die Wahrung des Friedens durch Stärke (nukleare Waffen und "Intelligence")

Pillar 4: die Ausweitung des amerikanischen Einflusses

Stärkung der Souveränität

Die "Stärkung unserer Souveränität" wird als notwendige Vorbedingung zum Schutz dieser vier nationalen Interessen bezeichnet. Es wird nicht näher erläutert, was mit dieser Stärkung der Souveränität gemeint ist - aus den Zusammenhängen ergibt sich aber, dass damit sowohl die größere **Unabhängigkeit** der USA von internationalen Organisationen als auch eine noch stärkere Einflussnahme auf diejenigen Nationen gemeint ist, die sich dem Schutz und der Führungsrolle der USA unterordnen. Die Verwendung des Begriffs Souveränität zur Einführung der vier lebenswichtigen nationalen Interessen der USA zeigt jedenfalls, dass die USA sich von allen Abhängigkeiten im internationalen Staatenleben befreien wollen, also auch hier "America first".

Bei der soeben erwähnten Benennung von zwei Mächten, die die amerikanische Machtausübung und den weltweiten Einfluss der USA infrage stellen, ist sicher zu erwarten, dass genau diese Mächte – China und Russland – sich zusammenschließen und ihre Gegenstrategie entwickeln. Das kann und muss an den Grenzregionen - in Korea einerseits und Europa andererseits - zu einem großen vorsorglichen Aufbau von Streitkräften einerseits und von möglichen Konfrontationen andererseits führen. Die Entwicklung auf der koreanischen Halbinsel zeigt allerdings, dass Nordkorea sich einstweilen von aggressiven Verhaltensmustern entfernt hat und dort zu einer Entspannung beiträgt (wohl auf chinesischen Einfluss: Kim Jong UN hatte ja in seinem Sonderzug eine Reise nach Peking unternehmen müssen und sich nach seiner Rückkehr verwandelt und kooperationsbereit gezeigt).

Die Verteidigung gegen Waffen der Massenvernichtung wird in Pillar I als besonders wichtig bezeichnet und dabei wird einerseits darauf hingewiesen, dass China und Russland weiter fortgeschrittene Waffen und Fähigkeiten entwickeln, die "unsere kritische Infrastruktur bedrohen", ohne aber die Entwicklung der eigenen fortgeschrittenen Atomwaffen als schon weit fortgeschrittene Gegenmaßnahme besonders zu erwähnen.

Hier hätte eine Bezugnahme auf die weitreichenden militärischen Vorbereitungen durch die Amtsvorgänger von Donald Trump eine gute Klarstellung bringen können, aber bei der bekannten Abgrenzung des jetzigen Präsidenten von irgendwelchen Verdiensten seiner Vorgänger war das wohl auch nicht zu erwarten.

Die weiteren Ausführungen im Pillar I beziehen sich auf den Schutz des amerikanischen "homeland" (gemeint ist hier sicher auch die innere Überwachung durch das "homeland"-Ministerium) und des amerikanischen "way of life". Als letzter Punkt wird die Förderung der amerikanischen "Resilience" angesprochen, ein Lieblingsthema der Carnegie-Stiftung, das sie immer wieder in der Regierungsberatung zum Gegenstand politischer Forderungen gemacht hat.

Förderung des Wohlstands und eigener Stärke

In Pillar II (Promote American Prosperity) werden überwiegend innerstaatliche Zielsetzungen angesprochen, allerdings wird die Förderung und der Schutz der amerikanischen Nationalen Sicherheits- Erneuerungsgrundlage besonders hervorgehoben - diese NSIB (National Security Innovation Base) wird definiert als das amerikanische Netzwerk von Wissen, Fähigkeiten und Menschen, einschließlich der akademischen Welt. Pillar III - Wahrung des Friedens durch Stärke - setzt an den Anfang der Erläuterungen eine Erklärung von Präsident Donald Trump, die zur Beantwortung feindlicher Herausforderungen in Aussicht stellt, dass "alle Mittel zur Verfügung gestellt werden, um Feinden schnell und entscheidend zu

antworten, wenn nötig sie zu bekämpfen, zu überwältigen und stets, stets, stets zu gewinnen."

Hier müssen wir noch einmal zurückblicken auf die Einleitung, die grundsätzliche Erklärungen brachte: die USA wollen "durch den Einsatz aller Werkzeuge nationaler Macht sicherstellen, dass Regionen dieser Welt **nicht von einer Macht** beherrscht werden", was die Frage nahelegt, ob die Behinderung der Beherrschung durch eine fremde Macht auch die Beherrschung durch die USA ausschließen soll?

Solche Formulierungen legen nahe, dass in dieser National Security Strategy kein Verständnis besteht für eine multipolare Welt, für die Existenzberechtigung anderer Mächte neben den USA. Schon der nächste Absatz legt nahe, dass genau hier das Problem der neuen National Security Strategy liegt - hier wird gesagt: "Wir werden Amerikas Einfluss fördern... Wir werden in multilateralen Organisationen im Wettbewerb stehen und führen, damit Amerikas Interessen und Grundsätze geschützt werden." Schon im folgenden Absatz wird "die Stärkung unserer **Souveränität** als notwendige Bedingung zum Schutz dieser nationalen Interessen" bezeichnet.

Schutz der nationalen Interessen

Damit kehren wir zurück zu Pillar III und seinen konkreten Forderungen. Hier wird nunmehr im einzelnen der Gegensatz zu China und Russland dargestellt, werden die zumindest vermeintlichen Gefahren geschildert, die von diesen Staaten ausgehen und danach wird auf Schurkenstaaten eingegangen. Um demgegenüber zu bestehen, müssten alle Elemente amerikanischer nationaler Macht kombiniert und die Beiträge der Verbündeten eingefordert werden. Hier wird in einer nahezu pathetisch klingenden Weise die Vernachlässigung der Rüstungsanstrengungen in den vergangenen Jahrzehnten beklagt, was zu einer Erosion der amerikanischen militärischen Vorherrschaft (dominance) geführt habe, die nun wiederhergestellt werden müsse. Besonders ausführliche Argumente werden zur als notwendig bezeichneten Modernisierung der amerikanischen Atomwaffen vorgebracht, hier wird offensichtlich ein besonderes Schwergewicht der Sicherheitspolitik gesehen, wobei offen bleibt, ob mit einem Einsatz der Atomwaffen gerechnet werden muss. Weitere wichtige Felder verstärkter Tätigkeit werden bei möglichen Cyber- Angriffen und im Bereich der Intelligence-Arbeit gesehen.

Ausweitung des eigenen Einflusses

Schließlich wird im Pillar IV (Advance American Influence) ein Loblied auf die positiven Wirkungen amerikanischen Einflusses in der Welt gesungen. Gegenwärtig werden besonders die Maßnahmen zur Förderung von Entwicklungsländern und schwachen Staaten (fragile states) im Vordergrund gesehen. Weiter wird aber ganz besonders amerikanische Führung in multilateralen und internationalen Gremien verlangt. Wenn dabei ganz nebenher "die USA als einzige super power" dargestellt werden, dann fragt man sich, ob nicht einige der Forderungen dieser neuen National Security Strategy übertrieben sind.

Auf die Darstellung der amerikanischen Vorstellungen von einer Strategie im regionalen Zusammenhang braucht hier sicher nicht eingegangen zu werden, die Bezugnahmen auf die Bedrohungen durch China im Kapitel über den Indo-Pacific Bereich und durch Russland im Kapitel über Europa folgen den Argumenten, die schon weiter oben beschrieben wurden. Die Zusammenfassung bringt dann noch einmal die Bekräftigung, dass das amerikanische Volk sich bei Präsident Donald Trump gewiss sein kann, dass seine Sicherheit und sein Wohlstand immer an erster Stelle stehen (will always come first) - "wir werden unseren Kindern und Enkeln eine Nation hinterlassen, die stärker, besser, freier, stolzer und größer ist als je zuvor."

Auf Herrschaft ausgerichtet

Zusammenfassend ist festzustellen, dass wesentliche Grundsätze der Regierungspolitik von Donald Trump in dieses Dokument eingeflossen sind, das eigentlich bei den Vorgängern dem Schutz amerikanischer äußerer Sicherheit gewidmet war und jetzt alle Aspekte einer auf Herrschaft ausgerichteten Sicherheit der USA behandeln soll.

Die klare Benennung von Staaten, die Amerika bedrohen und die Forderung nach einer Behinderung des Einflusses anderer Staaten auf beliebige Regionen dieser Welt führen zu einer politischen Konzeption, die von jedem anderen Staat als Gefährdung seiner eigenen Bewegungsfreiheit und seiner Fähigkeit zur Bildung von Allianzen mit anderen Staaten empfunden werden muss. Diese neue amerikanische National Security Strategy kann daher leider nur zum Aufbau von Spannungen und zur Gefährdung des internationalen Friedens führen.

Wolfram Rohde-Liebenau

Themenbereich Gerechtigkeit

Ökumenischen Ratschlag am 22.Juni 2019 in Dortmund

„Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen als Herausforderung an die Kirchen – für eine ökumenische Qualifizierung der SDGs“

Abschließendes Thesenpapier

Unsere Position

Wir bekennen uns zu den 1983 formulierten Zielen des Konziliaren Prozesses „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“. Diese Ziele bilden eine untrennbare Einheit. In der DDR hat dieser Prozess 1989 wesentlich zur friedlichen Revolution beigetragen.

Wir setzen uns für ein gutes Leben aller Menschen, aller Tiere und der gesamten Schöpfung ein.

Dies bedeutet für uns die Abkehr von der auf materiellen Wohlstand und Geldvermehrung aufbauenden Produktionsweise und Lebensstils der Gesellschaften im globalen Norden und der reichen Oberschichten des globalen Südens.

Menschen sind individuelle Lebewesen mit einem Recht auf ein menschenwürdiges Leben. Sie sind ebenso Teil der großen Schöpfung. Wenn Menschen diese Schöpfung zerstören, zerstören sie sich und das Leben selber. Die Liebe zu dieser Schöpfung treibt uns zu einem mutigen und nach entscheidenden Weichenstellungen su-

chenden Engagement für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung.

Beschreibung und Analyse

Heute, im Jahr 2019, stellen wir fest, dass die Menschen nur wenig unternommen haben, um den Zielen des Konziliaren Prozesses näher zu kommen. Die globalen ökologischen, sozialen und ökonomischen Krisen verschärfen sich und gefährden alles Leben auf der Erde. Die Mehrheit der Menschen des globalen Nordens setzen ihre Interessen durch, ohne auf die Bedürfnisse des Planeten Erde und der Menschen, die darauf leben bzw. leben werden, Rücksicht zu nehmen.

Die Werte des Konziliaren Prozesses werden durch die an der Geldvermehrung orientierten kapitalistischen Wirtschaftsweisen systematisch untergraben. Sie sind in einem kapitalistischen System nicht umsetzbar. Aktuell lässt sich das so formulieren:

- Gerechtigkeit: Der auf Konkurrenz, Ausgrenzung und dem Gegensatz von Kapital und Arbeit aufbauende Kapitalismus führt zwangsläufig zu einer Spaltung der

Menschheit und zu immer größerer sozialer Ungleichheit.

➤ Frieden: Profitstreben und Verdrängungswettbewerb um die knappen Ressourcen führen systemnotwendig zu gewalttätigen Konflikten und damit zu einer wahnwitzigen Aufrüstung und permanenter Kriegsgefahr.

➤ Bewahrung der Schöpfung: Die Kapitalakkumulation ist nur bei stetigem materiellem Wirtschaftswachstum möglich. Dies führt notwendigerweise zu einer nicht enden wollenden Ausbeutung der Ressourcen der Erde und zu einer zerstörenden Belastung des Ökosystems.

Forderungen und Wünsche

Von den Kirchen auf der ganzen Welt wünschen wir uns ein aus der Liebe zur Schöpfung geborenes Engagement für die Einsichten und Wegmarken des Konziliaren Prozesses. Gott hat die Erde für alles Leben geschaffen. Wir fordern die Kirchen auf, sich aktiv und engagiert für diese Umkehr im Denken und Handeln einzusetzen. Wir sprechen damit sowohl die Kirchenleitungen wie auch die Gemeinden an.

Wir setzen uns für ein entschiedenes Umdenken aller wohlhabenden und mittragenden Menschen ein. Wir fordern einen sorgenden, solidarischen und achtsamen Umgang mit dem Planeten Erde und allen darauf lebenden Wesen. Wir engagieren uns an vielen Orten und in unterschiedlichen Situationen für eine beispielhafte Umsetzung der Ziele des Konziliaren Prozesses. Wir setzen uns für ein Leben in Würde für Alle im Rahmen der planetarischen Grenzen ein.

Wir fordern eine Neuorientierung von Wirtschaft und Gesellschaft: Sorge, Pflege und Achtsamkeit müssen im Vordergrund allen Wirtschaftens und im alltäglichen Handeln stehen. Das vom Weltklimarat fixierte 1,5 Grad-Ziel, das nicht überschritten werden darf, erfordert in den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Prozessen das Einhalten von Grenzen.

Wir unterstützen für das Jahr 2020 einen Umkehrtag zu Gerechtigkeit, Frieden und

Bewahrung der Schöpfung, in dem konkrete Schritte der Umkehr formuliert und in die gesellschaftliche Diskussion eingebracht werden. Wir haben die Hoffnung, dass die Erfahrungen von 1989 auch zu grundlegenden gesellschaftlichen Systemveränderungen in unserem Land im Jahr 2020 beitragen können.

Verbündete

Wir unterstützen weitgehend die in der Agenda 2030 formulierten 17 Ziele der UN, weil sie im Sinne des Konziliaren Prozesses eine grundlegende Transformation der Gesellschaft fordern. Wir vermissen allerdings eine Analyse, aus der hervorgeht, dass die Ziele im Rahmen einer kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nicht erreicht werden können. Insbesondere vermissen wir eine klare Abkehr von der herrschenden Wachstumsideologie und dem Machbarkeitswahn. Wir erkennen aber auch an, dass die Ziele zentrale Anliegen des Konziliaren Prozess aufgreifen, und sie in der Gesellschaft weitgehend anerkannt sind. Im Rahmen einer langfristig orientierten Transformationsstrategie unterstützen wir deshalb Aktivitäten zur Umsetzung der 17-UN-Ziele.

Indem wir uns an den gesellschaftlichen Prozessen zur Umsetzung der UN-Ziele beteiligen, können wir wirksam auf die Widersprüchlichkeit einer kapitalorientierten Wirtschaft und Gesellschaft aufmerksam machen. Es ist die Aufgabe der jeweils Beteiligten, die grundlegenden Schwächen der Agenda in der konkreten Situation aus Sicht der ökumenischen Bewegung kritisch aufzuzeigen und die Defizite der Agenda 2030 mittels konkreter Vorschläge konstruktiv zu bearbeiten.

Wir unterstützen alle Bewegungen und gesellschaftlichen Initiativen, die mit den Prioritäten und Lernerfahrungen des Konziliaren Prozesses vereinbar sind. In diesem Sinne solidarisieren wir uns beispielsweise mit der „Fridays for future“ Bewegung.

Der Ökumenische Ratschlag dient als regelmäßiges Beratungstreffen für das Ökumenische Netz in Deutschland, in dem zahlreiche Basisinitiativen, Netzwerke und think tanks zusammenwirken. Eine juristische Plattform bietet die Stiftung Ökumene. Kontaktadresse: Stiftung Ökumene c/o Ulrich Schmitthenner, Lindenspürstraße

30 in 70176 Stuttgart (e-mail: ECUNET@t-online.de). Ansprechpartner für das ÖNiD ist die Geschäftsstelle der Kommunalen Ökumene Treptow – Köpenick, c/o Dr. Klaus Wazlawik, Rudower Straße 23, 12557 Berlin Telefon: 030 - 46 73 45 94 mail: klaus.wazlawik@gmx.de

Klaus Wazlawik

Zur Reform des Gemeinnützigkeitsrechts

Offener Brief deutscher Umweltverbände

Sehr geehrter Herr Bundesminister, mit großer Sorge haben wir von Plänen Ihres Hauses zur Änderung der Abgabenordnung gehört, wonach gemeinnützige Organisationen sogar ihre eigenen Zwecke nur noch weit nachrangig mit politischen Mitteln verfolgen dürfen. Damit wäre die Freiheit gemeinnütziger Organisationen beschränkt, ihre Mittel frei zu wählen. Dabei gehört die Beeinflussung der politischen Willensbildung und die Mitgestaltung der öffentlichen Meinung zu den wirkungsvollsten Methoden gemeinnütziger Organisationen zur Verfolgung ihrer Zwecke. In Folge einer solchen Änderung würden dutzende gemeinnützige Organisationen, die politische Zwecke wie die Förderung des Umweltschutzes, der Völkerverständigung oder des Verbraucherschutzes zum Ziel haben, gezwungen sein, ihre Arbeit massiv einzuschränken oder den Verlust ihrer Gemeinnützigkeit zu riskieren und von wichtigen Finanzierungsquellen abgeschnitten werden. Für Umweltverbände wäre eine solche Einschränkung besonders schwierig. Denn wie soll ein Umweltverband beispielsweise den Ausbau von Radwegen oder des öffentlichen Nahverkehrs – beides unzweifelhaft wichtig für den bestehenden Zweck des Umweltschutzes sowie des geplanten neuen Zwecks des Klimaschutzes - erreichen, wenn nicht mit politischen Mitteln? Sie können ja nicht selber Radwege bauen oder Busse betreiben. Und wie sollten sie den zügigen Ausstieg aus der Kohleenergie oder die Ausweisung von Naturschutzgebieten voranbringen? Während man in Bezug auf den Naturschutz noch Schutzgebiete selber pflegen, Nistkästen anbringen und Kröten über die Straße tragen kann, liegt es beim Umwelt- wie auch beim Klimaschutz in der Natur der Sache, dass diese unzweifelhaft gemeinnützigen Zwecke ganz überwiegend politisch zu realisieren sind. So hat denn auch der Bundesfinanzhof bereits 2017 im Fall des BUND Hamburg geurteilt, dass „der Umweltschutz durch staatliche Maßnahmen in besonders wirksamer Weise gefördert werden kann“ und dass politische Äußerungen, solange sie parteipolitisch neutral bleiben, der Gemeinnützigkeit nicht grundsätzlich im Wege stehen. Zudem führt der BFH aus, dass bei der Beurteilung der zulässigen Mittel der Zweckverfolgung berücksichtigt werden muss, dass es sich beim Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen um einen Zweck handelt, den der Verfassungsgeber in Art. 20a des Grundgesetzes mit einer eigenen Staatszielbestimmung über viele andere Zwecke der Abgabenordnung gehoben hat. Ferner hält der BFH fest, dass eine gemeinnützige Körperschaft „die von ihr verfolgten Zwecke auch einseitig vertreten, in den gesellschaftlichen Diskurs einbringen und in ihrer subjektiven Abwägung höher als andere Ziele gewichten“ darf, weil die endgültige Abwägung und Entscheidung nicht der Körperschaft, sondern dem politischen Entscheidungsträger obliegt. Wir appellieren daher an Sie, im Rahmen der Gesetzesnovelle klarzustellen, dass gemeinnützige Zwecke auch überwiegend oder sogar ausschließlich mit politischen Mitteln verfolgt werden dürfen und diese nicht nur „weit im Hintergrund“ im Vergleich zu anderen Mitteln stehen dürfen. Wichtig bleibt dabei selbstverständlich die Abgrenzung zu Parteien. Hier sind aus unserer Sicht folgende Trennlinien sinnvoll und unstrittig: - Gemeinnützige Organisationen haben nicht den Zweck, bei Wahlen anzutreten, Abgeordnete zu stellen und Regierungsmehrheiten zu erlangen. – Gemeinnützige Organisationen dürfen zwar politisch, aber nicht parteipolitisch sein. Sie dürfen

also weder eine Partei finanziell fördern (anders als dies viele Berufsverbände tun, die ebenfalls steuerlich begünstigt sind), noch explizit zur Wahl einer bestimmten Partei aufrufen. Darüber hinaus bitten wir Sie um Klarstellung, dass gemeinnützige Organisationen untergeordnet auch zu anderen gemeinnützigen Zwecken aktiv sein dürfen. Schon heute darf beispielsweise ein Sportverband eine Anti-Rassismus-Demonstration mitfinanzieren, indem er Mittel an einen anderen gemeinnützigen Verein weitergibt. Er darf aber nicht dazu aufrufen – ein Widerspruch, der nicht zu vermitteln ist. Eine solche Form der freien Meinungsäußerung sollte auch gemeinnützigen Organisationen gestattet sein. Meist wird so etwas zwar nicht vom örtlichen Finanzamt bemängelt. Allerdings muss es hier Rechtssicherheit geben, und eine so grundlegende Frage kann daher nicht in die Entscheidungsverantwortung einzelner Finanzämter gelegt werden. Das zivilgesellschaftliche Engagement für eine lebendige Demokratie ist derzeit so wichtig wie vermutlich noch nie seit Gründung der Bundesrepublik. Daher ist es fatal, dass die bereits bestehende Rechtsunsicherheit durch das Attac-Urteil weiter verstärkt wurde, indem z.B. der Zweck „allgemeine Förderung des demokratischen Staatswesens“ und die „politische Bildung“ weiter eingeschränkt wurden – beides zentrale Bausteine für das Engagement gegen Rechtsextremismus in unserer Gesellschaft. Wir bitten Sie daher, diese beiden Rechtsbegriffe in der Abgabenordnung oder im Anwendungserlass zu klären. Das Engagement für unsere freiheitliche Demokratie und die Werte unseres Grundgesetzes sollten eine Selbstverständlichkeit sein – keine Organisation darf deswegen den Verlust der Gemeinnützigkeit fürchten müssen. Zugleich sprechen wir uns aus nachfolgenden Gründen gegen die Einführung der Kategorie einer politischen Körperschaft für Organisationen aus, die sich zur Erreichung ihrer Zwecke überwiegend politisch engagieren:

- Es wäre einer Demokratie unwürdig, politische Betätigung und Gemeinnützigkeit als Gegensatz zu konstruieren (siehe auch die „Charta für Zivilgesellschaft und Demokratie“ der großen Dachverbände wie DNR, Deutscher Kulturrat und Deutscher Olympischer Sportbund).
- Organisationen, die ihre Zwecke zu einem relevanten Teil politisch verfolgen, würden gezwungen, sich zu entscheiden, ob sie politisch oder gemeinnützig sind. Doch die meisten Umwelt- und Naturschutzverbände machen eben weder ausschließlich praktischen Naturschutz, noch sind sie ausschließlich politisch aktiv.
- Diese unsachgemäße Trennung zwischen politischen und gemeinnützigen Aktivitäten würde die Zivilgesellschaft spalten und den Druck auf gemeinnützige Organisationen erhöhen, ihr politisches Engagement weiter einzuschränken.
- Organisationen, die gezwungen wären, sich für den Status der politischen Körperschaft zu entscheiden, wären von der Finanzierung durch staatliche Fördermittel und Stiftungsgelder sowie von Kooperationen mit Bündnispartnern abgeschnitten, was für einige Organisationen existenzbedrohend sein könnte.
- Aber auch gemeinnützige Stiftungen wären in ihren Aktivitäten massiv eingeschränkt, weil sie entsprechende Organisationen nicht mehr fördern könnten, da sie aufgrund der voraussichtlich schlechteren Behandlung von Großspenden bei politischen Körperschaften kaum politische Stiftungen werden können.

Sehr geehrter Herr Bundesminister, das Attac-Urteil hat die Debatte um die Zukunft der Gemeinnützigkeit eröffnet. Durch die jetzt im Raum stehenden Reformvorschläge des BMF würde weder die bestehende Rechtsunsicherheit beseitigt noch der Spielraum für gemeinnützige Organisationen erweitert. Im Gegenteil: Die Vorschläge laufen auf eine weitere Einschränkung des Handlungsspielraums von gemeinnützigen Organisationen hinaus. Eine engagierte und kritische Zivilgesellschaft kann unsere Demokratie jedoch nicht verteidigen und stärken, wenn sie von der Abgabenordnung zu politischer Enthaltsamkeit gezwungen wird. Gerne würden wir uns über diese und weitere Punkte zeitnah auch in einem persönlichen Gespräch mit Ihnen austauschen.

Mit freundlichen Grüßen

Berlin, 22. 11.2019

Olaf Bandt, Prof. Dr. Kai Niebert, Sascha-Müller-Kraenner, Silvie Kreibihl, Michael Müller, Carolin Ritter, Roland Hipp, Ernst-Christoph Stolper, Martin Bauhof, Greenpeace Deutschland, Forum Umwelt & Entwicklung, Umweltinstitut München u.a.

Angriffe auf Flüchtlingsheime

Fast jeden zweiten Tag hat es im Jahr 2018 in Deutschland einen Anschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft gegeben. Der Trend sei aber leicht rückläufig (Neue Osnabrücker Zeitung). Bis Anfang Dezember 2018 verzeichnete das BKA bundesweit 143 Straftaten gegen Asylunterkünfte.

Achtet auf die Sprache

Populisten verwenden Sprachmodelle aus der Nazizeit!

„Wir sind das Volk“, so tönte es laut auf den Pegida-Umzügen. Was aber meint dieser Ruf? Als die friedlichen DDR-Rebellen diesen Ruf skandierten, meinten Sie das Staatsvolk. Wenn Populisten heute den Ruf benützen, meinen sie die biologische Abstammungsgemeinschaft. Sie schließt alle aus dem Staatsvolk aus, die eine falsche Hautfarbe oder die falsche Religion haben.

Der Politikwissenschaftler an der Dresdener Universität, Kailitz, hat diesen Sprachgebrauch gründlich untersucht und erschreckende Parallelen zur Nazi-Propaganda im „3. Reich“ festgestellt. Es sei widernatürlich, schreibt zum Beispiel Adolf Hitler in „Mein Kampf“, wenn das Staatsbürgerrecht „in erster Linie durch die Geburt innerhalb der Grenzen eines Staates erworben“ werde und die „Volkszugehörigkeit“ keine Rolle spiele. Der Erwerb des „Staatsbürgertums“ gleiche so der Aufnahme „in einen Automobilclub“, ein „einfacher Federwisch, und aus einem mongolischen Wenzel“ werde „plötzlich ein richtiger >Deutscher<“.

Eine ähnlich ausgrenzende Sprache benützen heutige Populisten. Alice Weigel: Die Medien seien bemüht, aus „Passdeutschen“ kurzerhand „Deutsche“ zu machen, „um die Kriminalitätsstatistik zu entbunten.“ Für Hitler war die „Blutsvermischung“ die „alleinige Ursache des Absterbens aller Kulturen.“ Die kulturelle, völkische oder rassische Reinheit treibt heute auch große Teile der Rechten um.

Im Hitlerstaat wurde gegen die „Verjudung“ Deutschlands gehetzt. Heute gegen die „drohende Islamisierung Europas.“ Die Nazis sprachen den Juden ab, eine Religion zu sein. Die Populisten heute wollen den Islam nicht als Religion anerkennen, sondern verstehen ihn als gefährliche, to-

talitäre und imperialistische „politische Ideologie.“ Religionsfreiheit gelte nicht für Muslime, wie in den dreißiger Jahren nicht für die Juden. Für die Nationalsozialisten stellten die Juden eine existenzielle „Gefahr“ dar, für heutige Populisten ist die „Präsenz von Millionen Muslimen, deren Zahl ständig wächst,“ eine „große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung.“ (so im Programm der AfD für die Bundestagswahl): „Wie viele Messer-Morde müssen noch beweint werden, bevor die wilden Heerscharen junger Asylbegehrender das Messer aus der Hand und ihre kranke, menschenverachtende kulturelle Prägung endlich ablegen?“ Im Parteiprogramm von 1920 forderte die Nationalsozialistische Partei als ersten Schritt: „Jede weitere Einwanderung von Nicht-Deutschen ist zu verhindern“, und kurz darauf: „Wir fordern, dass alle Nicht-Deutschen ... sofort zum Verlassen des Reiches gezwungen werden.“ - Herr Gauland 2016: „Bei Beamten, Lehrern, Politikern und Entscheidungsträgern würde ich sehr wohl die Frage stellen: Ist jemand, der nach Mekka geht, in einer deutschen Demokratie richtig aufgehoben?“

Für die Europawahl 2019 erfand die AfD einen neuen Sprachgebrauch: „Remigrations-Programm“: „In Deutschland und Europa müssen Remigrations-Programme größtmöglichen Umfangs aufgelegt werden.“

In seinem aufregenden Buch LTI, das er während der Regierungszeit Hitlers heimlich verfasst hat, hat Viktor Klemperer beschrieben, wie dieses System des Einsatzes von Sprachmustern funktioniert: In kleinen Dosen die Giftbrocken immer und immer wieder auswerfen; so werden sie sich in den Köpfen der Bevölkerung fest-

setzen. Allmählich kann die Portion gesteigert werden, bis das Gift kaum mehr auf Widerstand in der Bevölkerung stößt. 1943 sagte Goebbels: „Es wäre ja sehr unklug gewesen, wenn wir vor der Machtübernahme

(Quelle: Der Artikel „Im Namen des <Volkes>“ von Steffen Kailitz, Der Spiegel Nr. 22 vom 21.12.2019)

me schon den Juden ganz genau auseinandergesetzt hätten, was wir mit ihnen zu tun beabsichtigten.“

Darum: Achtet auf die Sprache!

Zionismus und Judentum

Lillian Rosengarten, in Frankfurt geborene Jüdin, 1938 mit ihren Eltern in die USA geflohen, gehört zu den liberalen Juden in den Staaten. Vor 4 Jahren sprach sie auf einer Vortragsreise in Deutschland unter dem Thema "Als Jüdin gegen Zionismus". Nun widerspricht sie einem Artikel von Bari Weiss in der New York Times und erklärt:

"Ich glaube nicht, dass es einen 'liberalen Zionisten' geben kann. Zionismus und Judentum stehen im Widerspruch zueinander. Das Judentum ist universell und human und der Zionismus ist genau das Gegenteil. Es ist ein sehr enger, sehr nationalistischer, rassistischer, kolonialistischer. Es gibt kein 'nationales Judentum'. Es gibt Zionismus und Judentum, und sie sind völlig unterschiedlich.!

Zur Legalität israelischer Siedlungen auf besetztem palästinensischem Gebiet

Ökumenischer Rat der Kirchen EXEKUTIVAUSSCHUSS Uppsala, Schweden 20.–26. November 2019

Der Ökumenische Rat der Kirchen hat wiederholt seine Ablehnung der Gründung und Erweiterung israelischer Siedlungen auf dem seit 1967 besetzten palästinensischen Gebiet bekräftigt und dies damit begründet, dass diese Siedlungen ein klarer Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht sind und sie ein beträchtliches Hindernis für die Umsetzung einer tragfähigen Zwei-Staaten-Lösung und für einen gerechten Frieden zwischen dem israelischen und dem palästinensischen Volk darstellen. Der Exekutivausschuss des Ökumenischen Rates der Kirchen, der vom 20.–26. November 2019 in Bossey, Schweiz getagt hat, bekräftigt diesen Standpunkt erneut nachdrücklich.

Der Exekutivausschuss bedauert die am 18. November veröffentlichte Mitteilung der Vereinigten Staaten zutiefst, dass die USA die Siedlungen nicht länger als un-

vereinbar mit internationalem Recht ansehen. Diese Mitteilung ist eine Abkehr von der bisherigen langjährigen Politik der US-Regierung und setzt die USA in direkten Widerspruch zur fundierten internationalen Rechtsauffassung und zu der seit lange bewährten und durch die Vereinten Nationen vertretene Politik der internationalen Gemeinschaft.

Der Ökumenische Rat der Kirchen lehnt diesen neuen Standpunkt als rechtswidrig ab und betrachtet ihn als abträglich für die Umsetzung eines gerechten Friedens für das palästinensische und israelische Volk. Diese Politik untergräbt in dramatischer Weise die Hoffnungen auf Fortschritte bei der Zwei-Staaten-Lösung als bestem und einzig zukunftsfähigem Weg zu einem tragfähigen Frieden, der auf der Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung

sowohl für das israelische als auch für das palästinensische Volk beruht.

In dieser Hinsicht schließt sich der ÖRK nachdrücklich dem Standpunkt von Papst Franziskus und dem Heiligen Stuhl an und ist ebenfalls der Meinung, dass diese unselige Entscheidung den israelisch-palästinensischen Friedensprozess und die ohnehin gefährdete Stabilität der Region weiter zu untergraben droht. Gemeinsam mit dem Heiligen Stuhl unterstützen wir das

Recht des Staates Israel, in Frieden und Sicherheit innerhalb der von der internationalen Gemeinschaft anerkannten Grenzen zu leben, und erkennen gleichermaßen dieses Recht für das palästinensische Volk an.

Stellungnahme des ÖRK

Theologen und kirchliche Gruppen kritisieren den Beschluss der Bundestagsparteien, der die BDS-Bewegung als antisemitisch verurteilt. Dieser Beschluss beruhe auf der Unterstellung, dass die gewaltfreie „völkerrechts- und menschenrechtsbasierte BDS-Bewegung antisemitisch sei“, erklären sie in einer öffentlichen Erklärung. Zu den Erstunterzeichnern gehören die Professoren Dieter Becker, Ulrich Duchrow, Friedhelm Hengsbach, Franz Segbers und Hans G. Ulrich.

(zeitzeichen 8/2019)

Der Lobbyismus hierzulande

Der Lobbyismus hierzulande ist zügellos geworden und muss mit klaren Regeln in eine angemessene Spur gelenkt werden. In der Politik und in der Wissenschaft.

Kommentar

Lobbyismus an sich ist nichts Unrechtes, er ist für eine [Demokratie](#) sogar unverzichtbar. Uneingeschränkt jeder muss in einem pluralistischen System das Recht und die Möglichkeit haben, Politikern seine Anliegen und Argumente darzulegen und dafür einzutreten. Das gilt auch für Interessenverbände und Konzerne. Die Grundidee, aus der sich der Begriff "Lobbyismus" herleitet, ist geradezu faszinierend: Politiker sammeln im Vorfeld ihrer Entscheidungen alle Fakten und Meinungen ein, wägen sie sorgfältig ab und entscheiden dann - zum Wohle der Allgemeinheit.

So weit die Theorie. Die Praxis jedoch sieht anders aus, wie der aktuelle Fall von ziemlich schamlosem Lobbyismus zeigt: Der Chemie-Riese Monsanto gab heimlich bei der längsten Zeit renommierten Wissenschaftlern in Gießen eine Studie zu sei-

nem umstrittenen Unkrautvernichter [Glyphosat](#) in Auftrag und zahlte dafür. Heraus kam, was ein Wunder, dass Glyphosat keinesfalls das befürchtete Teufelszeug ist. Das Schlimme daran: Die Forscher verschwiegen ihren Auftrag- und Geldgeber und verpassten alledem einen universitären Anstrich. Woraufhin - scheinbar wissenschaftlich erwiesen - im politischen Raum stand, was in Wahrheit interessen-gesteuert war.

Der Fall ist lehrreich in mehrfacher Hinsicht. Er zeigt, wie käuflich Teile der Wissenschaft hierzulande geworden sind und dass diesbezüglich ein Selbstreinigungsprozess dringend notwendig wäre. Kannte der Volksmund bislang den Spruch, man möge keiner Statistik glauben, die man nicht selbst gefälscht habe, könnte man dieses zynische Bonmot inzwischen auch

auf viele Studien ausweiten. Allein den Verfall von akademischem Anstand zu beklagen, griffe allerdings zu kurz.

Das Problem wurzelt tiefer. [Lobbyismus](#) ist mehr denn je eine Frage des Geldes geworden. Wer viel für Lobbyarbeit ausgeben kann, setzt seine Interessen erwie-senermaßen leichter durch als jene, die über geringere Ressourcen verfügen. Ein-

fluss hängt also vom Geldbeutel ab. Dem spielt der Umstand in die Karten, dass sich Lobbyismus strukturell verändert hat. Er erschöpft sich nicht mehr in Wirtschaftsverbänden, die ihre Leute zu Ministern und Abgeordneten schicken. Das ist sogar ein vergleichsweise transparenter Vorgang, da man weiß, wer da mit welchen Zielen unterwegs ist. Uwe Ritzer

„Zwei Armeen, die sich bekämpfen, sind eine große Armee, die Selbstmord an sich selbst übt.“

Henri Barbusse, das Feuer

Themenbereich Schöpfung

Auch der folgende Brief unseres Vorstands nimmt dringende Anliegen einer Arbeitsgruppe aus dem Studententag zum Thema Lobbyismus auf und wendet sich an Kardinal Marx und Bischof Bedford-Strohm:

Sehr geehrter Herr Kardinal Dr. Reinhard Marx, sehr geehrter Herr Landesbischof Bedford-Strohm,

das Ökumenische Netz Bayern hat im April seinen diesjährigen Studententag zum Thema *Lobbyismus überwinden* organisiert. In einer *Arbeitsgruppe* haben TeilnehmerInnen sich mit dem elementaren Grundbedürfnis jedes Menschen: der *Nahrung* beschäftigt.

Dabei haben wir uns mit den Folgen der zunehmenden Digitalisierung in der Landwirtschaft befasst. Festgestellt, wie unverzichtbar der freie Zugang zu Saatgut ist – vor allem für Kleinbauern im globalen Süden. Und wir haben in den Blick genommen, dass die Kirchen mit ca. 3% der landwirtschaftlichen Nutzfläche zu den größten Grundbesitzern Deutschlands zählen. Laut dem Koalitionsvertrag der Bundesregierung sollen bis 2030 zwanzig Prozent der insgesamt 16,7 Millionen Hektar Agrarfläche in Deutschland ökologisch bewirtschaftet werden. Mit einer zunehmenden Umstellung auf ökologischen Anbau könnten die Kirchen einen erheblichen Beitrag leisten und Vorbildfunktion übernehmen.

Einen ersten Schritt in diese Richtung hat die EKD mit ihrem Beschluss von 2013 gemacht, in dem sie formulierte, dass man ‚ökologische und konventionelle Betriebe, die nachhaltig wirtschaften‘, bei der Verpachtung des Kirchenlandes bevorzugen solle.‘

Und ebenso die katholische Kirche: Mit der Expertengruppe der Deutschen Bischofskonferenz 2016 hat auch sie einen ersten Schritt in diese Richtung gemacht, indem sie formulierte,

dass die Kirche ihre Flächen entweder selbst ‚ökologisch nachhaltig‘ bewirtschaften oder eine ‚entsprechende Bewirtschaftungsweise‘ bei der Verpachtung vertraglich festhalten solle.

Um der Aufgabe, *die Schöpfung zu bewahren* zu entsprechen, ist es unverzichtbar,

- dass bei neuen Pachtverträgen bzw. anstehenden Verlängerungen von bestehenden Pachtverträgen ökologischer Landbau gefordert wird
- dass bei Altverträgen, die noch eine längere Laufzeit haben, überprüft wird, wieweit Änderungen des Anbaus möglich sind, ggf. auch schrittweise.

Mit freundlichen Grüßen!

Gez. Michael Kappus

„Evangelische Revolution“

Brandenburgs Altministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) äußerte sich zu den Ereignissen, die sich im Herbst 1989 in der DDR abspielten: im Kern sei es „eine evangelische Revolution“ gewesen. Es könne kein Zufall sein, dass sich die friedliche Revolution mit Orten wie der Berliner Gethsemanekirche, der Leipziger Nikolaikirche und der Potsdamer Friedrichskirche verbinde. In der evangelischen Kirche sei diskutiert worden, inwieweit man der Opposition Räume zur Verfügung stellen solle, „aber am Ende gingen die Türen für die Demonstranten auf“.

(zeitzeichen 10/2019)

Ökologie auf dem Esstisch

Sepp Stahl bekam den folgenden Brief von Pia Ratzenberger, die sich intensiv mit Fragen der Klimaveränderung beschäftigt. Sie zeigt: Auch auf heitere Weise kann so ein ernstes Thema behandelt werden. Wir danken für die Erlaubnis, diesen Brief hier zu veröffentlichen.

Lieber Herr Stahl,

wir könnten jetzt über die Flammen in Australien reden oder über die Kohleminen, über die ganz großen Fragen des Klimaschutzes – aber lassen Sie uns mit einem Teller Spaghetti Bolognese beginnen.

An einem Freitagabend, am Ende einer Woche, gibt es in meinen Augen ja nur wenig Beglückenderes als einen Teller voller dampfender Pasta, und auch wenn ich mir über meine Einkäufe durchaus Gedanken mache, muss ich zugeben, dass ich die Spaghetti Bolognese bislang nicht zu den Verdächtigen zählte. Avocados, Plastikflaschen, nicht gut fürs Klima, sowieso klar. Aber ein Teller Nudeln?

Unter anderem wähnte ich mich auf der sicheren Seite, weil ich Spaghetti Bolognese nicht mit Hackfleisch koche, sondern mit Tofu – aber dank dieses grandiosen Tests von den Kolleginnen und Kollegen der NZZ weiß ich nun, dass ich selbst mit einem Teller meiner schlichten, vegetarischen Bolognese die Umwelt noch immer so stark belaste wie mit einer knapp neun Kilometer langen Autofahrt. Was unter anderem daran liegt, dass ich mich für Tomaten aus Italien entschieden hatte, und der Wein zum Essen so stark ins Gewicht fällt, als ob ich mit Schweinefleisch gekocht hätte. Wenn ich das ernüchternde Ergebnis also, ausgehend von einem sehr monotonen Speiseplan, für eine Woche hochrechne, komme ich auf eine 63 Kilometer lange Fahrt. Nur mit Pasta.

Das geht natürlich noch schlimmer, schon klar, (wählen Sie im Rezept mal Hackfleisch aus...), aber für ein vermeintlich umweltfreundliches Mittagessen finde ich das doch recht viel. Vor allem, wenn bei der Rechnung ja noch nicht mit einbezogen ist, dass mit großer Wahrscheinlichkeit auch mal Nudeln auf dem Teller liegen bleiben – dann würde ich wohl noch schlechter abschneiden.

In einem Jahr verursacht die Ernährung der Deutschen nämlich etwa 177 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente, und 33 Millionen Tonnen gehen dabei ausschließlich für Essen drauf, das weggeworfen wird. Das ist deutlich mehr als der Ausstoß aller in einem Jahr in Deutschland startenden Passagierflugzeuge, die zusammengenommen auf 22,2 Millionen Tonnen CO₂ kommen.

Mein Kollege Bernd Kastner und ich haben uns kürzlich auf die Suche begeben, um herauszufinden, warum in Deutschland so viel weggeworfen wird, und sind dem Weg des Brotes gefolgt. Denn, obwohl die Deutschen ihr Brot angeblich so sehr lieben, landet jeder dritte Laib in der Tonne. Mich hat dabei am meisten überrascht, dass die größten Verschwender im Land nicht die Supermärkte sind, und nicht die Restaurants – sondern wir alle. Für mehr als die Hälfte aller Lebensmittelabfälle im Land sind wir selbst verantwortlich, zu Hause.

An der Technischen Universität Berlin versucht man gerade herauszufinden, was sich dagegen tun lässt, und hat in manchen Küchen einen Spion aufgestellt, einen kleinen Mülleimer mit einer Kamera im Deckel, der mitprotokollieren soll, was die Menschen wegwerfen. Eine der Wissenschaftlerinnen, die auch sich selbst beobachtet, sagte mir: „Man denkt immer, dass man es besser macht als die anderen, das ist aber leider nicht so. Auch bei mir nicht.“ Ich dachte: „Kenne ich“.

Die Wissenschaftlerin sagte aber auch: „Es würde schon viel verändern, wenn jeder sich zumindest eine Strategie überlegt, mit Hilfe derer er weniger Essen wegwirft.“ Nun würde mich interessieren, ob Sie eine solche Strategie haben – und wenn ja, wie sie aussieht?

Schreiben Sie mir Ihre Meinung an klimafreitag@sueddeutsche.de. Ich bin gespannt auf Ihre Antworten und wünsche Ihnen ein schönes Wochenende.

Lassen Sie sich, trotz allem, das Essen schmecken.
Ihre Pia Ratzenberger

Green Deal

Die EU-Kommission hat ihren europäischen Green Deal vorgestellt. Als erste große politische Mitteilung der neuen Kommission beinhaltet der Green Deal Ankündigungen für Gesetzesvorschläge in den Bereichen Klima- und Umweltschutz, sowie zur Kreislaufwirtschaft und gestärkten Wettbewerbsfähigkeit und Innovationsdynamik der europäischen Wirtschaft. Die Kommission schlägt mehr als 40 Gesetze und Initiativen vor, an denen sie in den nächsten Jahren arbeiten wird. Dazu erklärt Sven Giegold, Sprecher von Bündnis

90/Die Grünen im Europäischen Parlament:

„Ursula von der Leyen hat ein ambitioniertes Paket vorgestellt. Am Green Deal Day bin ich besonders gerne Europäer. Im Vergleich zu dem Klimapaket der Bundesregierung sind die Vorschläge der Kommission ein Meilenstein. Die Unterstützung der Bundesregierung, vor allem für die schärferen Klimaziele für 2030, muss nun umgehend und ohne Vorbehalt erfolgen. Die zügige Verschärfung aller relevanten

Energiegesetze bedarf der vollumfänglichen Unterstützung der Bundesregierung.

Die Vorschläge der EU-Kommission werden den nachhaltigen Umbau unserer Wirtschaft vorantreiben. Die Initiativen für nachhaltige Produkte, saubere Autos und sichere Chemikalien gehen alle in die richtige Richtung. Nur in letzter Minute hat sich die EU-Kommission dem Druck der Chemielobby für ein „Innovationsprinzip“ in der Chemikalienregulierung widersetzt. Die Umsetzung der lange versprochenen Strategie für eine sichere und nachhaltige Umwelt muss jetzt eine Priorität der Kommission sein. Dem Paket der Kommission fehlen allerdings jegliche Maßnahmen zum Schutz vor Nanomaterialien, obwohl die Kommission diese schon seit Jahren vorlegen müsste. Die vorgestellte Strategie für nachhaltige Chemikalien wird die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie für die nächsten Jahrzehnte stärken.

Aber: Der Green Deal ist nicht sozial genug. Der ökologische Wandel wird nur gelingen, wenn er sozial gerecht ist. Die ökologische Wende darf nicht zu größerer Un-

Sven Giegold

gleichheit führen, sondern muss im Gegenteil dazu beitragen, soziale Unterschiede zu verringern. Von der Leyens Vorschläge gehen nicht weit genug. Neben dem vorgeschlagenen „Just Transition Fund“ benötigen wir eine grundlegende Reform unseres Steuersystems. Alle neuen Einnahmen aus Energiesteuern müssen wieder pro Kopf an die Bürger*innen zurückfließen. Auch die Einnahmen aus dem in der Zukunft gestärkten Emissionshandel müssen allen zugutekommen.

Auch in der Landwirtschafts- und Handelspolitik besteht der Green Deal den Test nicht. Wenn die EU-Kommission es wirklich ernst meint, müsste sie die EU-Agrarpolitik grundlegend reformieren. Von der Leyen präsentiert viele warme Worte zur Landwirtschaft, aber keine einzige konkrete Maßnahme und kein hartes Ziel. Die Reduzierung von Pestiziden, Düngemitteln und Antibiotika komplett auf eine zukünftige Strategie zu verschieben, ist ein schwerer Fehler. Wir brauchen heute eine ökologische und soziale Reform der EU-Agrarpolitik.

Das krebserregende Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat darf in Deutschland ein Jahr lang ohne jede Einschränkung weiter verkauft und angewendet werden. Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, das dem Landwirtschaftsministerium angeschlossen ist, teilte als Begründung mit, man habe die Zulassungsanträge der Hersteller nicht fristgemäß prüfen können - Daher sei man verpflichtet, diese ungeprüft zu verlängern.

Themenbereich Ökumene

Landesbischof und EKD-Vorsitzender **Heinrich Bedford-Strohm** hat den Oswald-von-Nell-Breuning-Preis der Stadt Trier erhalten. Die mit 10 000 Euro dotierte Auszeichnung wurde ihm wegen seiner wissenschaftlichen Arbeiten zu Wirtschaftsethik, Sozialstaat und Gerechtigkeitstheorien und seinen praktischen Einsatz für soziale Gerechtigkeit und eine Wirtschaftspolitik aus christlicher Perspektive verliehen. Vor seiner Berufung als Landesbischof hatte er den Lehrstuhl für Systematische Theologie an der Universität Bamberg inne. Dort wurde 2008 die Bonhoeffer-Forschungsstelle für Öffentliche Theologie gegründet.

(zeitzeichen 9/19)

Der Mainzer Altbischof und Kardinal **Karl Lehmann** erhält die Martin-Luther-Medaille der EKD. Er ist der erste Katholik, dem diese Medaille verliehen wurde. In der Laudatio betonte der Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm, Kardinal Lehmann habe ein „weltweit beachtetes Zeichen für die Verständigung der beiden großen Konfessionen“ gesetzt.

Der **Politische Club** der Evangelischen Akademie Tutzing hat einen neuen Leiter: Altbundestagspräsident **Wolfgang Thierse** folgte dem Altministerpräsidenten von Bayern Günter Beckstein nach. Der Politische Club wurde 1957 gegründet und lädt dreimal jährlich zu Tagungen ein. Immer wieder erreichen sie eine große öffentliche Aufmerksamkeit. So hat z.B. Egon Bahr im Jahr 1963 seine berühmte Rede „Wandel durch Annäherung“ dort gehalten, die die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition beeinflusste.

Zwei evangelische Theologinnen wurden mit dem Hanns-Lilje-Stiftungspreis ausgezeichnet, der mit jeweils 10 000 Euro dotiert ist: Die Professorin **Claudia Jahnelt**, die an der Universität Bochum zu afrikanischer Theologie vor dem Hintergrund globaler Veränderungen und aktueller politischer Herausforderungen forscht und, so die Jury, einen „scharfsinnigen Brückenschlag“ zwischen Kulturwissenschaft und Theologie vollbringt. Und die Professorin **Rebekka Klein**, ebenfalls an der Universität Bochum tätig, die in ihrer Habilitationsschrift den französischen Philosophen Claude Lefort und seinen slowenischen Kollegen Slavoj Žižek mit dem Theologen Karl Barth ins Gespräch bringt. (Quelle: zeitzeichen 7/2019)

Der **Weltkirchenrat (ÖRK)** hat einem Beitrag der New York Times widersprochen, der ihn zu den Unterstützern des israelkritischen BDS zählte. Der ÖRK betonte, er habe nie zu einem Boykott des Staates Israel aufgerufen, sondern befürworte nur den Boykott von Waren und Dienstleistungen aus den völkerrechtswidrigen jüdischen Siedlungen im Westjordanland. (zeitzeichen 9/2019)

Langsame Öffnung?

Die erste Frau, die eine Gemeinde im römisch-katholischen Bistum leiten darf, ist die Gemeindereferentin **Christine Hölscher**. Mit der Einführung der Gemeindeleitung durch nicht zum Priester geweihte pastorale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter soll eine weitere Zusammenlegung von Pfarreien zu noch größeren Einheiten vermieden werden, erläutert das Bistum. Das Kirchenrecht ermögliche diesen Schritt, wenn nicht genügend Priester vorhanden seien. – Kann diese Maßnahme als eine vorsichtige Öffnung hin zu Frauen im Priesteramt gedeutet werden?

„Der Mensch wurde am Ende der Wochenarbeit erschaffen, als Gott bereits müde war. Das erklärt einiges.“

Mark Twain

Nachruf für Hans-Jörg Meyer

Hans-Jörg Meyer war Pfarrer in der ELKB. Und er war einer der ersten, die in der Friedensbewegung aktiv waren – in einer Zeit, als das Wort „Friede“ heftige Reaktionen hervorrief. Wie oft standen z.B. vor „seiner“ Kirche St. Markus in Nürnberg Männer und verteilten Flugblätter gegen den „kommunistischen Pfarrer“.

Sein Engagement für Frieden und Gerechtigkeit kam aus seiner tiefen Frömmigkeit. Er konnte sich die Botschaft Jesu nicht vorstellen, ohne dass sie bei den Zuhörern Auswirkungen für Gerechtigkeit, für Frieden und für die Bewahrung der Schöpfung haben würde. Für ihn gab es keinen Zwiespalt zwischen politischem Engagement und dem Evangelium.

Er begleitete Kriegsdienstverweigerer in die damals nötige Anhörung und leitete den Evangelischen Arbeitskreis der KDV-Pfarrer.

Für Frieden und Abrüstung war er zeitlebens tätig. Im Ruhestand kritisierte er z.B. die Ausbildung der Afghanistan-Piloten, die die US-Army in der Kaserne Katterbach bei Ansbach angesiedelt hatte, und war im Vorstand der dortigen Bürgerinitiative „Et's langt's“.

Von Anfang an war er Mitglied im ÖNB. Nach einem schweren Schlaganfall im April des vorigen Jahres hat er sich nicht mehr erholt. Er starb am 8. Dezember 2019 im Alter von 83 Jahren. Wir trauern um ihn.

HHW

Ausgewogen – und zu leicht befunden

Eure Rede aber sei: ja, ja; nein, nein. Was darüber ist, das ist vom Übel. (Matthäus 5,37)

Wir haben eine Regel
von nun heimlich leiser Gewalt,
die alles verformt.
Sie lautet: Ausgewogen!

Ausgewogen – das heißt:
Jedem gewogen,
jedem zu Gefallen,
jedem nach dem Mund –
aber ja nicht zu sehr.

Ausgewogen – das heißt
Von allem etwas,
ein bisschen rechts, ein bisschen links,
ein wenig Pharisäer, ein wenig Zöllner,
ein Stückchen Recht, ein Stückchen
Unrecht,
jedem das Seine –
aber ja nicht zu viel
und schön gleichmäßig verteilt.

Ja nicht auffallen,
sich nicht exponieren,
sich nicht engagieren,
immer Distanz wahren,
Gefühle und Meinungen verstecken
hinter unverbindlicher Allgemeinheit.
Flügel und Extreme stützen,
keine Ecken, keine Kanten,
abschleifen alles, bis es glatt ist und rund
und keinem mehr weh tut.

Ausgewogen – das heißt:
Am Ende wird mit Macht
ins Gleichgewicht gebracht,
was nicht gleich wiegt.

Jesus aber ist nicht ausgewogen.
Er hat nicht von allem etwas. Er versteht
sich nicht darauf,
seiner Rede die Spitze abzubrechen,
sie gefällig zu machen
und erträglich für jedermann.
Seine Rede ist nicht „Sowohl – als auch“.
So sprechen Politiker,
Bischöfe und Würdenträger
von hoher Warte, aus übergeordneter
Sicht.
Jesus spricht nicht von oben herab.
Als Menschensohn spricht er aus der
Tiefe.
Und was er sagt,
hat er im Leiden bewährt.

So ist seine Rede: Ja, ja – nein, nein,
ohne die Vorbehalte der Taktiker,
ohne Verbeugung vor den Bedrängern.
Die Armen preist er selig
und nicht zum Ausgleich auch noch die
Reichen.

Dem hohen Ziel der Ausgewogenheit
genügt er nicht.
Nicht einmal am Kreuz hängt er
ausgewogen.
Wir aber korrigieren nachträglich
die Haltung des Geschundenen,
und immer sind wir dabei,
ihn auszutarieren,
und kreuzigen deshalb
einen zur Rechten und einen zur Linken –
wir, die es gelernt haben,
unsere Mittelwege zu vergolden.

Manfred Fischer: Einmischung in innere Angelegenheiten. Worte Jesu in Variationen und Meditationen für unsere Zeit, Stuttgart